

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

— sowie der —

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeb.),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Gerausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verkehrs-Anzeigen
für die dreispaltige Zeitzeile ober deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Zahlet den Extrabeitrag! An unförm Opferfönn müssen alle Pläne der Unternehmer zerfallen!

Inhalt: „Deutschlands edelstes Kapital.“ — Autorität des Arbeiters. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussparungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Berichte. — Zweite internationale Maurerkonferenz. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterdank, Subventionen usw. — Aus Unternehmenskreisen. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1906. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Beilektion: Maurerzug.

„Deutschlands edelstes Kapital.“

In freisinnigen und nationalliberalen Blättern findet sich ein Artikel über das Thema: „Deutschlands edelstes Kapital.“ In denselben heißt es:

„Des Staates edelstes Kapital ist der Mensch.“ Dies gilt in ganz besonderem Maße für Deutschland. Ist doch unser Vaterland im Vergleich zu den mit ihm wirtschaftlich konkurrierenden Staaten verhältnismäßig arm an solchen Werten, die im allgemeinen konkurrenzfähig machen im Wettkampf der Völker. Es hat keine eigene Baumwoll-, nur wenig eigene Wolle, um den mehr als 200 000 Betrieben der Textilindustrie mit ihrem Millionenheer von Arbeitern Beschäftigung zu geben. Es birgt auch nicht so viel eigene Erze in seinem Innern, als für das noch größere Arbeiterheer in den Betrieben der Metallverarbeitung und der Maschinenindustrie erforderlich ist. Manche Schöpfung, furende Webstühle, klappernde Maschinen, im Dienste der Industrie von früh bis Abends sich abmühende Menschen allerorten: an Rohstoffen aber ein empfindlicher, die Konkurrenzfähigkeit herabdrückender Mangel. Und es fehlt weiter an Fläche, um der in stetem Wachstum begriffenen Bevölkerung die zur Ernährung erforderlichen Körnerfrüchte zu bauen, das zur vollen Versorgung mit Fleisch nötige Vieh zu züchten. Die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln überstieg denn auch die Ausfuhr von jeder um ein beträchtliches, 1905 um reichlich zwei Milliarden in dem einen, um ziemlich zwei Milliarden in dem anderen Falle. In diesen von der Natur gegebenen und darum unabänderlichen Verhältnissen liegt das Ziel, das sich Deutschland stecken muß, wenn es von Natur begünstigten Industriestaaten der Erde ebenbürtig, gleichwertig sein will: es muß auf möglichste Güte seiner Erzeugnisse hinarbeiten. Nicht mit dem Grundsatz: „Billig und — schlecht“, sondern nur mit dem Satz: „Gut, geziehen und darum preiswert“ wird es sich auf dem Weltmarkt behaupten. Erzeugnisse aber, die solchen Ansprüchen genügen, können nicht von importierten Rohstoffen, sondern nur von Qualitätsarbeitern erwartet werden, von Leuten, die als Glieder einer durchgebildeten Masse ihre Arbeit besser und mit geringerem Aufwand von Arbeitskraft verrichten als ungeschulte nicht oder ungenügend gebildete Leute. An Menschen fehlt es in Deutschland hierzu nicht, die Bevölkerungsziffer steigt jährlich fast um eine Million. Aber das muß Gegenstand der gemeinsamen Sorge sein, daß alle diese hinzugeborenen und bereits vorhandenen Kräfte sittliche und technische Qualitäten werden.“

Ausgehend von diesen Anschauungen gelangen diese Blätter dann zu einer Kritik unseres heutigen Volksschulwesens und betonen, daß dasselbe notwendig einer Hebung und Vervollkommenung bedürfe, wenn die Volksschule ihrer Aufgabe, aus den Massen

des Volkes „sittliche und technische Qualitäten“ zu bilden, gerecht werden wolle.

Es ist eine durchaus richtige Ansicht, daß ein von der Natur weniger begünstigtes Staatswesen, wenn es sich im internationalen Wettbewerb behaupten will, diesen Mangel dadurch auszugleichen bemüht sein muß, daß es sich die Heranbildung einer höchst qualifizierten Arbeiterschaft in ganz besonderem Maße angelegen sein läßt, in viel größerem Umfange als ein mit natürlichem Reichtum begünstigtes Land. Neben allgemeinen humanitären und kulturellen Prinzipien, die eine größtmögliche Bildungshilfe auch für die großen Massen der arbeitenden Bevölkerung unter allen Umständen für selbstverständlich und als einen Fortschritt in der Sozialgerechtigkeit erachten, können für diese Bildung auch rein praktische Motive geltend gemacht werden.

Die Sozialdemokratie war von jeher die von allen politischen Parteien, die sich am entschiedensten und ehrlichsten darum bemüht hat, in wirklich umfassender Weise der Wahrheit, daß der Mensch des Staates edelstes Kapital ist, Anerkennung und praktische Geltung zu verschaffen. Wie sie den Grundgedanken vertritt, daß sich im Prinzip der Arbeit das höchste sittliche Prinzip begreift, so gibt sie auch dem Worte vom Menschen, das heißt vom arbeitenden Menschen, als des Staates edelstem Kapital die weitestgehende Bedeutung in zielbewusstem Kampfe für Menschenwürde und Menschenrecht, in dem Bestreben, die Arbeitermassen zur geistigen Höhe des frei und selbständig schaffenden Menschen zu erheben. Ganz gewiß ist zur Verwirklichung dieses großen Zieles — in erster Linie mit der Schule berufen und von keiner Seite wird eine gründliche Reform unseres Schulwesens energischer gefordert als von der Sozialdemokratie.

Damit allein aber ist es denn doch nicht getan und wenn die freisinnigen Blätter davon überzeugt sind, daß es notwendig ist, aus allen Arbeitern sittliche und technische Qualitäten zu machen, das heißt also, nichts weniger denn ihre Emanzipation anzustreben, ohne die solche Qualitäten nicht erreicht werden können, so dürfen sie sich nicht einseitig beschränken auf die Forderung der Schulreform. Eine Erörterung und ernsthafte kritische Beleuchtung dieser Frage ist nur möglich unter Würdigung aller der heutigen sozialen Frage zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Staat und die Gesellschaft lassen es nicht bewenden bei den Unterlassungssünden, deren sie sich hinsichtlich des Volksschulwesens und der Jugend-erziehung schuldig machen. Draußen im Lebenskampfe kommt der Arbeiter in Verhältnisse, mit denen man ihm in jeder Einzelheit mit brutaler Deutlichkeit begreiflich zu machen sucht, daß er „nur“ ein Arbeiter ist, daß seine Ansprüche an die Gesellschaft unbeschadet seiner staatsbürgerlichen Pflichten gleich Null sind. „Nur ein Arbeiter“ — das ist ein Wort, das man so oft zu hören Gelegenheit hat, das öfter noch gedacht wird und das bestimmend ist für das Verhalten der „besseren“ und „besseren“ Kreise dem Arbeiter gegenüber. Der Arbeiter, so sagt man, hat froh zu sein, wenn ihm von Kapitals-Gelehrten gestattet wird, seine Arbeitskraft um einen Hungerlohn verkaufen zu dürfen. Was liegt dem Kapitalismus daran, ob der Arbeiter in materieller und geistiger Beziehung als Mensch zu leben imstande ist — die erste Voraussetzung für sittliche und technische Qualitäten! Die riesenhafte Arbeitsteilung unseres kapitalistischen Zeitalters bedarf keiner Menschen

im humanen Sinne des Wortes, sondern — abgesehen vielleicht von wenigen Industriezweigen — bloßer menschlicher Arbeitsmaschinen, die stumpfsinnig und gedankenlos jahraus jahrein dieselbe monotone, geisttötende Arbeit verrichten.

Unter solchen Verhältnissen wird es Millionen Menschen, die die Wahl haben, sich ihrem Zwange zu unterwerfen oder zu Grunde zu gehen, unmöglich gemacht, sich technisch zu bilden. In diesem Punkte vermag der Arbeiter, der bestrebt ist, aus eigener Kraft, aus sich selbst heraus seinem Bildungsbedürfnis Rechnung zu tragen und das an Kenntnissen zu erwerben, was ihm unsere „göttliche“ Weltordnung vorenthält, nicht viel weiter zu kommen, denn technische Fertigkeit wird nur erreicht durch theoretische Bildung und entsprechende praktische Betätigung; zu letzterer aber hat der Arbeiter keine Gelegenheit. Die kapitalistische Arbeitsteilung ist allerdings eine ökonomische Notwendigkeit, deren Tendenzen nicht von heute auf morgen überwunden werden, die aber dennoch gewaltig geschwächt werden könnten, wenn die heutige Gesellschaft den ehrlichen Willen besäße, den Arbeiter als hervorragenden Kulturträger, als vollwertigen Menschen anzuerkennen und ihrer daraus resultierenden Pflicht ihm gegenüber nachzukommen. Aber an diesem Willen fehlt es eben in einer Zeit, der der Kapitalismus seinen Charakter aufdrückt.

Die Misachtung des Arbeiters tritt nicht nur im privaten Verhältnis zwischen diesem und dem Arbeitsherrn zu Tage — unsere gesamten gesellschaftlichen Einrichtungen sind davon aufs stärkste beeinflusst, und wohin wir blicken, ist das Wort von der staatsbürgerlichen Gleichheit eine tolle Farce. Überall wird vielmehr zweierlei Maß angelegt, das insbesondere in der Rechtspflege zum Ausdruck gelangt. Das näher darzulegen, erübrigt sich, denn jeder Tag liefert dafür neue Beispiele. Die beschämenden Klassenurteile, die noch nicht einmal von politischen Erwägungen gegen „umflüchtlerische“ Sozialdemokraten beeinflusst zu sein brauchen, legen ein breites Zeugnis davon ab, daß man die Arbeiter als eine „minderwertige“ Menschengattung anzusehen gewohnt ist und daß das Wort: „Wenn zwei das selbe tun, so ist es nicht das selbe“, geradezu zu einer stillschweigenden Rechtsnorm sich ausgebildet hat. Zu hoffen, daß jene Kreise doch allmählich der Humanitätsidee vom unverletzlichen Menschenrecht zugänglich gemacht werden könnten, ist verfehlt. Ihre Verblendung geht so weit, daß sie die Vorteile, die ihnen selbst durch eine geistig und physisch hochentwickelte Arbeiterschaft erwachsen, nicht erkennen und sich deshalb auch durch dieses rein praktische Motiv nicht bewegen lassen, eine Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen anzubahnen. Diese Tatsache wird schlagend bewiesen durch die andauernd feindselige Haltung des Unternehmertums gegenüber den Gewerkschaften, insbesondere den freien, die heute schon so gewaltige Erfolge aufzuweisen haben. Denn die freien Gewerkschaften sind es neben der Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie gewesen, die das deutsche Proletariat vor der Verelendung im wahren Sinne des Wortes bewahrt haben. Ohne deren Tätigkeit würde auch die Lebenshaltung und damit die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter einen Tiefstand erreicht haben, wie er um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in England beobachtet wurde.

Die deutsche Industrie verfügt heute über eine vielfach hochintelligente Arbeiterkraft, der sie in der Hauptsache mit ihr außerordentliches Wachstum verdankt; aber diese Intelligenz findet sich nur da, wo in unermüdlicher Aufklärungsarbeit machtvolle Organisationen entstanden sind, kraft derer es möglich war, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben und zu erhöhen. Die Arbeitszeitverkürzungen, Lohnerhöhungen usw., die sich die Arbeiter in oft erbitterten Streiks errungen haben, konnten nicht nur diesen selbst zu gute, sie sind ein Segen für die Gesamtheit und fördern in bedeutendster Weise das Wohl des Staates, indem sie der wüsten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft steuern und damit das „edleste Kapital des Staates“ schützen. Das angelernteste, sind natürlich unsere „maßgebenden“ Kreise weitestgehend, „Patriotismus“ und „Sorge für das nationale Wohl“ ihnen erlaubt, einer hochbedeutenden Kulturbewegung mit den schätzbaren Mitteln entgegenzutreten. Man denke nur an das von ihnen nach Kräften unterstützte Streikbrecherwesen. Es kommt ihnen nicht darauf an, das gewissenloseste und verbrecherischste Gesindel anzumerken, um damit den in Wahrheit ihrer berechtigten Interessen einmüßig kampfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen, ein Gesindel, das sowohl auf stilkliche wie technische Qualitäten wahrhaftig keinen Anspruch machen kann. Man denke ferner an den auch von obengenannten Zeitungen erwähnten Import von Rußs sowie anderer billiger Arbeitskräfte, die in bezug auf Bedürfnislosigkeit die allerniedrigste Stufe einnehmen und für Löhne arbeiten, bei denen ein Kulturmenschen Hungers sterben müßte. Eine besondere Schmach aber ist es, daß derartige Elemente selbst heftigsterseits eingeführt und angeworben werden, ja, daß sich selbst ein preussischer Minister erlauben durfte, die Verwendung ausländischer Arbeiter bei Staatsbauten ausdrücklich gutzuheißen, während tausend und abertausende deutscher Arbeiter zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind.

Mit all diesen Dingen muß gerechnet werden, will man bestrebt sein, Qualitätsarbeit zu gewinnen. In dieser Beziehung, wie in so mancher anderen, verfährt sich die Gesellschaft an den Arbeitern und damit gleichzeitig an sich selbst, nicht nur auf dem Gebiete des Schulwesens. Auf Schritt und Tritt stoßen wir im sozialen Leben auf die verhängnisvollsten und entwürdigendsten Mißstände, die eine mindestens ebenso energische Bekämpfung erfordern wie die Schule. Vieles ist schon im Verlaufe der letzten Jahrzehnte in der Gebung der Arbeiterklasse erreicht worden — aus eigener Kraft hat sie sich gebildet, emporgerungen zu achtungsgebietender Höhe. Das

erstrebte Ziel aber ganz zu erreichen, ist auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung nicht möglich, denn es handelt sich dabei alles in allem um die volle Menschwerdung überhaupt, und diese zu verwirklichen, ist die heutige Gesellschaft nicht fähig und willens. Ein zeitiges Höchstmaß stilklicher und technischer Qualitäten vermag erst eine Zeit zu entwickeln, die jedem einzelnen ermöglicht, sein Wissen und Können nach Maßgabe der ihm innewohnenden Kräfte und Fähigkeiten zu erweitern, die jeden auf den ihm angemessenen Platz stellt, in der gemeinsamen Arbeit aller die Quelle der Wohlfahrt aller schafft und so die Pflicht der Arbeit zu einer dauernd freudigen und befriedigenden erhebt.

„Autorität des Arbeitgebers.“

Der „Verband sächsischer Industrieller zur Entscheidung bei Arbeitskinstellungen“ hat kürzlich in Dresden seine Generalversammlung abgehalten. Auf dieser hat der Direktor Kurt Gräßner, der bei einem Vortrag gehalten über die Frage der „Autorität des Arbeitgebers“ und der mißbräuchlichen Anwendung des Ausdrucks „berufliche und unternehmerische“ Disziplin. Dieser Vortrag ist namentlich im Druck erschienen. Sein Studium wird von der „Deutschen Arbeiterzeitung“ allen Arbeitgebern angeregt. Das Wort hat dazu, entsprechend seinem Charakter als Hegemon, gegen die Arbeiterorganisation und Arbeiterbewegung, einen sehr kräftigen, ja geradezu dringenden Grund. Denn die Tendenz des Vortrages ist darauf gerichtet, das Unternehmertum zu der denkbar rücksichtslosesten Stellungnahme gegen diese Organisation und Bewegung zu veranlassen. Herr Gräßner hat einen wertvollen dokumentarischen Beitrag zu der Geschichte der Kämpfe zwischen Arbeiterkraft und Unternehmertum in Deutschland geliefert. Seine Ausführungen offenbaren in höchster Potenz die Annahme des Unternehmertums, eine unbeschränkte, in jeder Hinsicht absolute Herrschaft über die Arbeiter auszuüben. In dem „Schlagwort“ „Autorität des Arbeitgebers“ begreift er, wie wir sehen werden, das vermeintliche Recht des Unternehmers, völlig willkürlich, nach absolutem eigenen Ermessen die Arbeitsbedingungen festzusetzen, das Recht der Willkür des wirtschaftlich Stärkeren über die Arbeiter walten zu lassen.

Reider haben wir bis jetzt die Schrift selbst nicht erlangen können. Die „D. Arbeitg.-Ztg.“ teilt nicht mit, in welchem Verlage sie erschienen ist. Wir sind also genötigt, uns bei unserer Kritik auf das zu beschränken, was die „D. Arbeitg.-Ztg.“ auszüglich mitzuteilen für gut befindet. Aber das genügt gerade, unser vorhin abgegebenes Urteil vollaus zu rechtfertigen. Herr Gräßner sagt:

„Die Möglichkeit der Verhängung eines Streiks oder der beschleunigten Beilegung desselben muß ihre Grenze an einer

Stelle finden, welche wir Industrielle für unantastbar halten müssen. Das ist die Autorität des Arbeitgebers in seinem Betriebe. Auf diese Autorität gründet sich der ganze Betrieb mit seiner Disziplin. Auf der Disziplin in den Fabriken beruht zum großen Teil die Überlegenheit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt. Die Autorität des Arbeitgebers ist ein kostbares Gut, zu dessen Hütern wir uns in allererster Linie berufen fühlen.“

Wir werden demnach in keinem Falle, wo es sich um Nachfragen der Arbeiter handelt, wo eine Gefährdung der Autorität des Arbeitgebers drohen könnte, nachgeben. Denn diese Autorität ist nicht etwa das Gut jedes einzelnen für sich, sondern sie ist ein gemeinsames Gut. Der Verlust, den der einzelne Arbeitgeber hierin erleidet, trifft auch die Arbeitgeberkraft in ihrer Gesamtheit. Die Arbeitgeberkraft in ihrer Gesamtheit muß deshalb auch zu den höchsten Opfern bereit sein, wenn es gilt, die Autorität eines ihrer Angehörigen zu verteidigen.“

Herr Gräßner ahnt das vorher schon oft von Vertretern seiner Geistes- und Unterfertigung geübte plumpe Kunststück nach, unter Berufung auf die „Disziplin im Betriebe“ die Verhängung der Ansprüche der Arbeiter an das Kapital einfach hinwegzuekstornieren. Für ihn existiert bloß Betriebsdisziplin, nicht aber die Arbeiterfrage, nicht der Gegensatz der Interessen zwischen Arbeit und Kapital. Das Disziplin im Betriebe verstehen muß, daß eine Unterordnung des einzelnen unter ein disziplinäres System der Betätigung im Betriebe unbedingt erforderlich ist, ist von der organisierten Arbeiterkraft noch niemals bestritten worden. Das ist keine „Frage“, die zu Gegenständlichkeiten zwischen Arbeiterkraft und Unternehmertum Anlaß geben könnte, soweit sie unter den richtigen Gesichtspunkten erfaßt wird. Diese Gesichtspunkte sind, daß die Ausübung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters zu erfolgen hat unter gebührender Würdigung ihres Wertes in jeder Hinsicht. Mit der technischen Disziplin an sich haben die Bestrebungen der organisierten Arbeiterkraft nur insoweit zu tun, als diese Bestrebungen darauf gerichtet sind, der Ausbeutung der Arbeitskraft Grenzen zu setzen, berechnete Interessen der Arbeiter vor Vergewaltigung zu schützen. Wenn man unter Arbeitsdisziplin versteht, daß sich der Arbeiter allen Anforderungen des Unternehmers widersetzt und widerstandslos zu fügen hat, dann allerdings ist die Streikfrage und damit auch die Nachfrage zwischen beiden Seiten ohne weiteres gegeben. Wenn die Autorität, die Herr Gräßner für das Unternehmertum in Anspruch nimmt, wirklich unantastbar wäre, wenn es nicht möglich wäre, ihr entgegenzuwirken, so würde freilich die ganze Arbeiterbewegung, keinen Sinn haben. Aber das ist nicht unantastbar ist, daß die Gesetze des Kulturfortschritts den Arbeitern gebieten, sich ihr zu widersetzen, um an Stelle der Willkürherrschaft ein Vertragsverhältnis zu setzen, und daß diese Bestrebungen Erfolg haben, lehrt die Erfahrung.

Alle Unterfügungen werden nur dann gewährt, wenn der Extrabeitrag gezahlt ist.

Mauerpug.

Von Fred Hood.

(Nachdruck verboten)

Der aus Mörtel bestehende Zusammenbau, bestehende aus Mörtel und Ziegeln und an den äußeren Umfassungsflächen der Gebäude nicht den gleichen Zwecken zu dienen. Der Fassadenpug sollte ursprünglich allein das unansehnliche Ziegelmateriale verkleiden und die unüblichen Fugen mit einer feinen Schicht bedecken, so daß ein Schuß gegen die Witterungseindringlinge gewonnen wurde. Bei einem sehr porösen Ziegelmateriale und einem stückig ausgeführten Mauerwerk wird allerdings der Pug einen guten Schutzmantel bieten, namentlich wenn dafür gesorgt wird, daß er wirklich fest an der Mauerfläche haftet. Verwendet man aber ein hart gebranntes, witterungsbeständiges Material, so ist der Fassadenpug im Grunde überflüssig — es genügt vielmehr, die Fugen gleichmäßig mit dem Fugenmörtel zu dichten. Die Erfahrung, daß sich alte, unversorgte Backsteinbauten, für die ein hart gebranntes Material Verwendung fand, sehr gut erhalten haben, führte in unserer Zeit zur Entdeckung der modernen Backsteinarchitektur, für die die keramischen Fabriken sehr korrekt gearbeitete Verblende- und Formsteine, Terrazzo- und Gipssteine liefern.

Da der Pug ein unansehnliches, raues Material verkleiden soll, also auch ästhetischen Zwecken zu dienen hat, so lag es nahe, ihn selbst zur reicheren Gliederung der Fronten, zur Bildung architektonischer Schmuckformen zu verwenden. So haben sich die Umänderungen, Puggelme usw. entwickelt, die mit Hilfe hölzerner, mit Blei beschlagener Schablonen gezogen werden. Das Vorbild lieferte die Sandsteinarchitektur, deren Nachbildung schließlich in unserer Zeit so weit getrieben wurde, daß man den Fassadenpug mancher Gebäude nur noch sehr schwer vom echten Sandstein zu unterscheiden vermag.

Es ist eine weit verbreitete, aber nicht zureichende Anschauung, daß man auch schlecht gebrannte Steine durch den Pug eine witterungsbeständige Fassade zu verkleiden vermag, und vielfach werden zu den Fronten sogar bereits gebrauchte Steine verwertet, weil sie ja doch durch den Pug verdeckt werden. Das ist ganz verfehlt. Um einen dauerhaften Pug zu erzielen, muß eine chemische Verbindung der auf der Oberfläche des Bausteins vorhandenen kieseligen Tonerde mit dem Kalk des Mörtels erfolgen, so daß sich kieseliger Kalk bildet. Allerdings wirkt nicht allein die chemische Verbindung zwischen Ziegel und

Kalk, sondern auch die rein mechanische; aber diese ist nicht ausreichend, um dauernd die ganze Last der Pugschicht, die auch unter den Witterungseinflüssen verschiedenen Bewegungen ausgesetzt ist, zu halten. Auf allem Mauerwerk kann aus diesem Grunde auch kein ebenso halbfester Pug erzeugt werden, wie auf neuen Steinen; denn nur auf der Oberfläche des neugebrannten Bausteins ist eine genügende Menge kieseliger Tonerde vorhanden, auf gebrauchten Steinen kann sich also die erforderliche dünne Schicht kieseligen Kalkes zur Bindung des Puges nicht ein zweites Mal bilden. Daher kommt es auch, daß sich Sandsteine mauer nicht pugen lassen, wenigstens doch nur sehr schwer, indem man auf eine starke mechanische Bindung Bedacht nehmen muß.

Bei Ausführung von Pugarbeiten spielt die rechte Beschaffenheit des Materials eine sehr wichtige Rolle. Der Kalk darf nicht etwa frisch gelöst sein, weil sonst einige Teile bei und nach der Arbeit nachschließen und das steifenweise Abstreifen des Mörtels bewirken — eine sehr unangenehme Erscheinung, die umfangreiche Nacharbeiten erforderlich macht. Der verwendete Sand muß rein und scharf, aber auch feinstörnig sein; ein zu grober Sand, wie er zur Herstellung des Mauerwerks verwendet wird, ergibt keinen guten Pug. Sehr beliebt ist heute der Fassadenpug aus Zementmörtel, weil dieser am besten zur Imitation der sandsteinartigen Struktur geeignet ist. Jedoch lassen sich Verbindungen aus Zement weit schwieriger als aus Kalk und Gipsmörtel ziehen, und müssen Zementarbeiten durchaus in der besten Jahreszeit ausgeführt werden.

Im Innern des Gebäudes bildet das Pugen der Wandflächen die Regel — es ist fast unabweislich, wenn man nicht zu anderen Befestigungsmitteln, z. B. Wandfliesen oder dergleichen, seine Zuflucht nehmen will. Das Pugen der Bank- und Deckenflächen ist die bequemste und wohlfeilste Art, all die verschiedenen Konstruktionsfehler derart zu ummanteln, daß eine gleichmäßige Fläche für die weiteren Maßnahmen der Dekoration gewonnen werden, namentlich für die Anwendung von Marmor und Tapeten. Aber im Innern der Gebäude haben wir es wieder mit einem neuen Faktor zu tun — mit Holzkonstruktionen. An hölzernen Gebäuden und verschalteten Balkendecken hat der Mörtelpug nicht — die mechanische Verbindung ist sehr locker, und eine chemische Verbindung zwischen Holz und Kalk ist nicht zu erzielen. So wird es notwendig, eine Holzkonstruktion anzuwenden. Es geschieht dies bekanntlich, indem man Bündel von Rohrstrahlen mittels Draht und Nägeln an der Schalung befestigt und nun den

zweiten Mörtel möglichst kräftig gegen die gerohrte Decke schlägt, so daß er nicht nur die Oberfläche des Mörtels bedeckt, sondern auch in alle Zwischenräume eintritt. Nach dem Gießen und Erhärten des Puges bildet derselbe nun natürlich eine einzige große Masse, die an außerordentlich zahlreichen Stellen durch die zwischen das Rohrgewebe eingebrungenen erdarten Teile gebildet wird.

In den letzten Jahren sind an die Stelle des Rohrgewebes fertige Rohrgewebe getreten, die man nur noch aufzurollen und an der Decke mit Nägeln zu befestigen hat. Schließlich zeigt es sich, daß man bei derartigen Rohrgeweben gar nicht einmal nötig hat, eine Verdrängung zu verwenden; man kommt mit dünnen Latzen aus, die in Entfernungen von etwa 20 cm gegen die Wände genagelt werden. Das Gewebe wird an diesen Latzen befestigt, daß die Rohrgewebe rechtwinklig zu den Latzen liegen. Der Vorgang dieser Konstruktion besteht darin, daß sie wesentlich billiger ist, und daß sie eine größere Stabilität gegen Zugkräfte bietet. Denn die Schalung, die vom Mörtel durchdrungen wird und dann wieder trocken, kann sich leicht werfen und reißen und gibt so häufig Veranlassung zu Aufreißern.

Zwei besondere, aber sehr gebräuchliche Arten von Pug stellen der Papppug und der Stipppug dar. Der Papppug ist ein ganz billiger Pug, der deshalb auch nur an den unbedeutendsten Gebäuden im Innern und in untergeordneten Räumen, wie z. B. in Kellern und Kellerkellern, Verwendung findet. Der Mörtel wird dann mit der Mauerfläche angedrückt und glatteisen; so daß eben nur das raue Mauerwerk bedeckt und die hohlen Fugen geschlossen sind. Mit dem Stipppug kann man gewiß dekorative Wirkungen an Fronten erzeugen. Man löst mit einem kugelförmigen Werkzeug, das aus lauter harten und feinen Stichen oder Nuten besteht, in den frisch angeworbenen Mörtel hinein, so daß diese abdrückende löcherartige Vertiefungen erhält. Dadurch wird eine Art rauher Umänderung erzeugt, die namentlich gut gegen bombenbedingende glatte Pugschichten kontrastiert. Ähnlich möchte ich in einigen sächlichen Gebäuden die Beobachtung, daß der Stipppug auch zur Dekoration von Innenräumen, namentlich über Paneele angeordnet wird. Die Sache wirkt gar nicht böse und läßt sich noch weiter ausbilden. So lassen sich auch mit den einfachsten Mitteln recht hübsche Effekte in der Pugarbeit erzielen, die namentlich in Gegenden, wo an gutem Naturholz zur Fassadenbefestigung Mangel ist, eine reiche Ausbildung erfahren hat.

Die Autorität des Unternehmertums, die Herr Grüner bekennt, beruht nicht die Stärke der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt, sondern das Gegenteil, ihre Schwäche. Denn wenn sie sich unangefastet und unbeschränkt hätte geltend machen können, so würde sie zu einem gewaltigen Tiefstand der Arbeitsfähigkeit der Massen geführt haben. Nur im Zusammenhang mit der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse, die sich die Arbeiterorganisation zum Ziel gesetzt hat, ist die Hebung der industriellen Leistungsfähigkeit, wie überhaupt der Nationalwirtschaft, möglich. Freiwillig hat das Unternehmertum nie etwas getan, die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes zu verbessern; es hat im Gegenteil diese Verbesserung immer nur zu verhindern versucht, während die Arbeiterorganisation erfolgreich für sie gekämpft hat — erfolgreich nicht nur für die Arbeiter selbst, sondern auch für die Industrie, für das ganze nationale Wirtschaftsleben. Es ist geradezu eine Ausgeburt von Völlerei, die Entwicklung der deutschen Industrie auf die „Autorität des Arbeitgebers“ im Sinne der kapitalistischen Willkürherrschaft genommen, zurückzuführen. Man denke sich die Arbeiterbewegung mit ihren Erfolgen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens hinweg — und man wird sich vorstellen können, wie es dann um unsere industrielle Leistungsfähigkeit bestellt wäre.

Seit dem Beginn der modernen Arbeiterbewegung hat der Kapitalismus in allen Ländern seiner Herrschaft niemals berechnete Forderungen der Arbeiter, berechnete Kämpfe der Arbeiterorganisation, berechnete Streiks anerkannt. Immer und überall hat es diese Bestrebungen und Kämpfe nicht unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit betrachtet und behandelt, sondern lediglich unter dem Gesichtspunkt der Frage: ob die ökonomische Macht des Unternehmertums den berechtigten Forderungen der Arbeiter zu weichen habe oder nicht. Und immer und überall hat es, genau so wie Herr Grüner es tut, geltend gemacht, daß es um „Autorität“ willen nicht nachgeben dürfe. Diese „Autorität“ hat immer dazu gezwungen werden müssen, das soziable Gute im Wirtschaftsleben, die Arbeitskraft der Massen, nicht rücksichtslos zu vernichten und mit dieser Vernichtung die Entwicklung der Massen zu verhindern. Der aus dem kapitalistischen Interesse heraus willkürlich konstruierten „Autorität des Unternehmertums“ setzen die Arbeiter die Autorität ihres, von der Erkenntnis ihrer kulturellen Bedeutung und ihrer berechtigten Interessen bestimmten Willens gegenüber. Und daraus ergibt sich dann die große Frage, zwischen Kapital und Arbeit — eine Frage, die ganz logisch aus dem kapitalistischen System erwachsen ist. Hier steht Autorität gegen Autorität — die Autorität des unerbittlichen Rechtes der Arbeit gegen die Autorität der Willkürherrschaft, und nicht, wie Herr Grüner glauben machen möchte, gegen die Autorität des technischen Genies im Wirtschaftsleben.

Herr Grüner bekundet seinen Unmut über die Professoren, Pastoren usw., die sozialpolitisch so weit vorgedrungen sind, daß sie ein Recht der Arbeiter, über die Arbeitsbedingungen mitzureden, auf eine Vereinerkennung dieser Bedingungen entscheidenden Wert zu legen, anerkennen. Wegwerfend spricht er über die „begeisterten Herren Amateure“ auf diesem Gebiete und von einer nicht zu unterschätzenden Gefahr, „welche den Industriellen von selten der Sozialpolitik droht“. Er beschränkt sich, daß sie aus „unangenehmen Sachverhalt mit ihren auf die allmähliche Einführung der sozialistischen Produktionsweise hinauslaufenden praktischen Vorschlägen viel gefährlicher sind als die sozialdemokratische Partei, die zwar das gleiche Endziel, aber nur auf dem unmöglichen Wege einer berechneten Beseitigung der privaten Produktionsweise verfolgt“.

Ampl sagt Herr Grüner ja auch nichts Neues. Es haben vor ihm schon viele Gegner der Arbeiterbewegung jedem bürgerlichen Sozialpolitiker, der die Notwendigkeit des Schutzes der Arbeiter anerkannte, zum Vorwurf gemacht, daß er den „Anführerbestrebungen“ der Sozialdemokratie Vorschub leiste. Diesen Vorwurf hat das Sozialmachertum ja sogar gegen die gouvemenmentale Sozialpolitik erhoben.

Herr Grüner sammelt, daß „man“ heute die Streiks als „verächtliche Ansehe, während das früher selten jemand eingefallen sei. Selbst in die Reihen der Industriellen, in die Arbeitgeberverbände, sei „von Theoretikern die Auffassung eines berechtigten und unberechtigten Streiks hineingetragen worden“. Das bereitet ihm tiefen Schmerz; er erklärt, seine persönliche Auffassung sei, daß sich „vom Standpunkte der „Arbeitgeber“ nur von „unberechtigten“ Streiks sprechen lasse. Dazu bemerkt er:

„Selbst, wenn die Arbeiter Forderungen zu stellen haben, die vielleicht auch nach Ansicht der Mehrheit der Industriellen berechtigt erscheinen; so erwacht ihnen meines Erachtens nicht das Recht, einen Streik mit allen seinen Begleiterscheinungen — Verunsicherung, Sperrung usw. — ins Werk zu setzen; um den Arbeitgeber mit allen Mitteln unter ihren Willen zu bringen. Der Arbeiter, der mit den Arbeitsbedingungen, die der einzelne Industrielle auf Grund seiner geschäftlichen Lage zu stellen vermag, nicht einverstanden ist, steht es doch frei, die Arbeitsstelle zu verlassen und in einen anderen Betrieb, der seinem Wunsch mehr entspricht, aufzusuchen. Kommt

bann der Industrielle zu den gleichen Bedingungen keinen Erfolg, so muß er sich damit abfinden. In alle Wege hat aber der Arbeiter neben dem jeder geschäftlichen Recht nicht auch das moralische Recht, durch einen Streik und eine Verunsicherung der Fabrikanten zu ruinieren, dem vielleicht die ungünstigere geographische Lage seines Werks oder ähnliche, dem Fernstehenden unbekannte Gründe, Folgegebe, usw., gar nicht die Gewährung anderer besserer Arbeitsbedingungen gestatten.“

Man merke wohl: Herr Grüner möchte die Unternehmer dazu bringen, daß sie unter keinen Umständen sich auf Forderungen der Arbeiter einzulassen, daß sie eine festgesetzte Verschönerung gegen die Arbeiter bilden. Und dabei hat er den Mut, auszusprechen, dem Arbeiter stehe es ja frei, die Arbeitsstelle, wo ihm seine Forderungen nicht gewährt werden, zu verlassen, und sich einen anderen Betrieb, der seinem Wunsch mehr entspricht, zu suchen. Das aber will ja Herr Grüner gerade unmöglich machen; er will die Unternehmer dazu bringen, solch eine rücksichtslos Stellung zu nehmen gegen alle Bemühungen der Arbeiter, günstiger Arbeitsbedingungen zu erlangen. Wenn Herr Grüner in diesem Punkte nicht heuchelt, dann bleibt nur die eine Annahme, daß er unter dem Zwange einer irrenden Willensrichtung steht. Charakteristisch ist jedenfalls, daß er das den Arbeitern gesetzlich gewährte Konfliktrecht als ein „leider“ ihnen gewährtes, also ihnen nicht zukommendes bezeichnet. Wer auf diesem Standpunkte steht, von dem läßt sich allerdings nicht erwarten, daß er den Arbeitern ein moralisches Recht, gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem anzukämpfen, zubilligt. Herr Grüner kennt nur das ererbte Recht des Kapitalismus, die Arbeiter und ihre Arbeitskraft nach Willkür zu gebrauchen und mißbrauchen. Und er nicht folgenden, der menschlichen Schale entsprungenen und unzahlige Male vorgebrachten Unfug wieder auf:

„Dafür, daß jeder Fabrikant die bestmöglichen Löhne und Bedingungen gewährt, sorgt doch die auf Erhaltung guter Arbeiter gerichtete scharfe Konkurrenz der Industriellen unter sich schon von selbst. Aus diesem Grunde brauchen sich die Herren Sozialpolitiker, die allerdings von dieser leider sogar mitunter bewerkstelligten Form annehmenden Konkurrenz wohl keine Ahnung haben, gar nicht darum zu sorgen, daß eine die Arbeiter ihre Lebensbedingungen ohne Streik nicht verbessern könnten.“

Die scharfe Konkurrenz der Industriellen bewirkt, wie eine mehr als hundertjährige Erfahrung lehrt, genau das Gegenteil von dem, was Herr Grüner behauptet: die Arbeiter sind das Opfer dieser Konkurrenz, denn sie wird nur geführt nach Maßgabe der kapitalistischen Tendenz, die Löhne und Arbeitsbedingungen im Interesse des konkurrierenden Unternehmers möglichst zu verschlechtern. Nach Ansicht des Herrn Grüner allerdings ist es unüberwindlich, daß es auch bürgerliche Sozialpolitiker gibt, die diese Wahrheit erkennen und ihr wenigstens theoretisch „einigermaßen Rechnung“ tragen. Freilich ist es möglich, daß die Arbeiter ohne Streik ihre Lebensbedingungen verbessern können. Aber sicherlich nicht auf dem Wege, den Herr Grüner dem Unternehmertum anrät. Diese Möglichkeit ist nur damit gegeben, daß das Unternehmertum die Arbeiterorganisation als gleichberechtigten Faktor, als Vertragsfaktor, im wahren und vollen Sinne des Wortes anerkenn und den ethischen Willen bekennt, mit diesem Faktor die Arbeitsbedingungen zu vereinbaren. Aber das will ja Herr Grüner und die Richtung, die er vertritt, grundsätzlich nicht. Für die Unternehmer nimmt er unerschütterliche Konfliktfreiheit in Anspruch, aber den Arbeitern gönnt er diese Freiheit nicht. In der Betätigung des Solidaritätsgefühls der Arbeiter steht er ein „Inrecht“, denn das Solidaritätsgefühl der Unternehmer entgegenstehen muß. Ganz offen bekundet er sich zu der Ansicht, daß nur die Solidarität der Unternehmer eine Berechtigung hat, und diese Solidarität möchte er daher entwickeln wissen, daß sie im Grunde ist, die Solidarität der Arbeiter zu vergewaltigen.

Um dem schäuflichsten Gohn auf die Begriffe sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit die äußerste Schärfe zu geben, spricht die „Arbeitg.-Ztg.“ die Überzeugung aus, daß „jeder einsichtsvolle und unbildende Arbeitgeber aus ganzem Herzen“ dem Herrn Grüner beistimmen werde!

Wenn wir keine Rücksicht auf die großen Gefühle der Kulturentwicklung nehmen würden, wenn es uns darauf anläge, im Geiste des Herrn Grüner auch die Arbeiterbewegung zu beurteilen, so könnten wir geneigt sein zu lächeln, daß die Unternehmer dem Wunsch der „Arbeitg.-Ztg.“ entsprechen möchten. Wir tun in dem das nicht. Aber die organisierte Arbeiterkraft hat auch keine Ursache, eine Veräußerung des Unternehmertums, wie sie Herr Grüner anstrebt, zu fürchten. Ist das Unternehmertum so dum und so gewissenlos, solchen Ratschlägen zu folgen, so verliert es jedes moralische Recht, sich über die Konsequenzen zu beklagen, die sich aus einer derartigen geradezu fribolen Verschärfung des an sich schon erheblichen Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit ergeben.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906.

Die umfassendste regelmäßig erscheinende Veröffentlichung über das deutsche Gewerkschaftswesen ist die der Generalkommission, die jetzt in der dritten statistischen Beilage des „Correspondenz-Blattes“ vorliegt. Sie umfaßt nicht weniger als 80 Seiten, und bringt in 20 Tabellen so ins einzelne gehende statistische Nachweise, daß man sagen kann, es bleibt kaum eine in dies Gebiet gehörende Frage unbeantwortet. Mit dieser Arbeit können sich die Verächter der anderen gewerkschaftlichen Zentralen auch nicht entfremden, und zwar weder in der zweckmäßigen Gliederung, noch in der Reichhaltigkeit, noch in der Zuverlässigkeit. Gerade in letzter Beziehung erfreuen sich die Berichte der Generalkommission eines wohl begründeten guten Rufes. Nicht allein in bezug auf die Angaben über die angeschlossenen Verbände, sondern auch auf die Angaben über die anderen Gewerkschaftsrichtungen bildet die Statistik der Generalkommission das zuverlässigste Quellenmaterial. Das ist der erste Eindruck, den man beim Durchblättern der Arbeit empfängt. Der erste Teil ist der:

Geschichtliche Entwicklung der Zentralverbände gewidmet. Genaue Angaben über den Mitgliederbestand der Gewerkschaften liegen erst seit dem Jahre 1890 vor, von welchem Jahre ab die Generalkommission regelmäßig Statistiken veröffentlichte. Für die Zeit vor dem Sozialengesetz berichtet eine von August Geß in Hamburg im Jahre 1877 aufgenommene Statistik, daß in 31 Organisationen 50000 Mitglieder vorhanden waren. Die meisten dieser Organisationen wurden auf Grund des Sozialengesetzes aufgelöst oder lösten sich selber auf, um der polizeilichen Auflösung zu entgehen. In den ersten Jahren unter der Herrschaft des Sozialengesetzes war von einer gewerkschaftlichen Bewegung kaum die Rede. Jedoch lehte diese schon Anfang der 80er Jahre wieder ein. Nach einem Artikel, den Professor Dr. Oldenburg im Jahre 1895 im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ veröffentlichte, hatten die Gewerkschaften nach den Zählungen der Polizeibehörden 1885/86 100 356, 1887/88 103 330, 1889 135 353, Frühjahr 1890 277 098 und Ende 1890 320 213 Mitglieder.

Nach der erstmalig im Jahre 1890 von der Generalkommission aufgenommenen Statistik waren in 53 Zentralverbänden 227 733 und in 5 durch Vertrauensmänner zentralisierten Organisationen 73 467, zusammen 301 200 Mitglieder vorhanden. 1891 wurden in den der Generalkommission angeschlossenen Organisationen 277 659 Mitglieder gezählt. In den nächsten Jahren ging diese Mitgliederzahl noch weiter zurück und stand im Jahre 1893 auf 223 530, mithin ein Mitgliederverlust von 64 199 im Zeitraum von 3 Jahren. Für den folgenden Jahren steigt die Mitgliederzahl, doch bleibt die jährliche Zunahme bis zum Jahre 1903 unter 100 000, dann aber zeigt sich ein rapider Aufschwung, der im Jahre 1906 die höchste jährliche Zunahme von 344 909 Mitgliedern erreicht. Die Zunahme seit der endgültigen Hebung des traurigen Siechens ist in der folgenden Aufstellung absolut und relativ festgehalten, wobei zu beachten ist, daß die Mitgliederzahlen den Jahresdurchschnitt angeben.

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahre	
		absolut	in Prozenten
1894	246 494	229 64	10,2
1895	259 175	12 681	5,2
1896	329 230	70 055	27,0
1897	412 359	83 129	25,2
1898	493 742	81 383	19,7
1899	580 473	86 731	17,5
1900	680 427	99 954	17,2
1901	677 510	—	—
1902	733 206	55 696	8,2
1903	887 768	154 492	21,0
1904	1 052 108	164 410	18,5
1905	1 344 803	292 695	27,8
1906	1 689 709	344 909	25,6

Stellen wir statt der Jahresdurchschnittszahlen die Zahlen vom Jahresklausur gegenüber, so ist die Mitgliederzunahme im Jahre 1906 noch bedeutend größer. Am Schlusse des 4. Quartals 1906 zählten die Zentralverbände 1 429 303 Mitglieder, am Schlusse des 4. Quartals 1905 dagegen 1 199 293; die Zunahme beträgt also 229 990. Von diesen neu gewonnenen Mitgliedern entfallen auf den Verband der Metallarbeiter 75 383, Fabrikarbeiter 47 845, Textilarbeiter 33 724, Gabel- und Transportarbeiter 31 130, Bauhilfsarbeiter 29 164, Maurer 25 067, Holzarbeiter 21 576, Zimmerer 9124, Hafenarbeiter 8332, Tabakarbeiter 6845, Schuhmacher 6776, Brauereiarbeiter 5260, Bergarbeiter 5187, Schneider 4787, Maler 4500, Buchdruckerhilfsarbeiter 4603, Buchdrucker 3971, Steuere 3751, Maschinisten 3476, Glasarbeiter 3174, Porzellanarbeiter 3020, Lithographen 2704, Steinarbeiter 2612, Buchbinder 2610, Gemeindegeldarbeiter 2420, Gastwirtschaftshilfen 2401, Eisenleger 2213, Bäcker 2051, Dachdecker 1997, Gutmaßer 1289, Tagelöhner 1253, Leberarbeiter 1180, Köpfer 921, Zigarrensortierer 888, Handlungshilfen 877, Bildhauer 876, Sattler 819, Stuckateur 768, Müller 690, Schiffszimmerer 642, Handhülsmacher 634, Barbier 513, Gärtner 513, Schmiede 505, Bureauangestellte 486, Fleischer 449, Graveure 408, Portefeuliers 398, Bildhauer 223, Kupferstecher 210, Glaser 187, Schirmmacher 170, Lagerhüter 145, Hilfsarbeiter 86, Buchbinder Hilfs-Rothschilds 76, Appellanten 63, Bildhauer 50.

sich solcher Ausschreitungen schuldig machen. Geradezu erbärmlich ist die Behauptung, die Hebelkriter seien von der Gewerkschaft abgesandt. Darüber noch ein weiteres Wort zu verlieren, dürfte wohl überflüssig sein. Aber wir wollen den bürgerlichen Blättern folgende Tatsachen vorhalten: In vielen hundert von Fällen haben sich auf Kriegervereinsfesten und sonstigen Festen „patriotischer“ Leute oder im Anschluß daran die ribelösen „Esenen“, die ribelösen „Ezzen“, Mord- und Totschlag ereignet. Ist die Sozialdemokratie auch dafür verantwortlich? Es kommt alle Tage vor, daß Unternehmer oder ihre Angestellten Arbeiter roh bedrohen und mißhandeln. Es ist tausendfach geschehen, daß Streikbrecher, pochtend auf polizeilichen Schutz, sich der schimmigen Haken gegen streikende Arbeiter schuldig gemacht haben. Täglich haben die Zeitungen darüber zu berichten, daß militärische Vorgehens ihre Untergebenen, die zum Kadavergehörigkeits verpflichtet sind und sich nicht wehren dürfen, in schmerzlicher Weise verhöhnen, beschimpfen, bedrohen und mißhandeln. Und „Schauleute“ leisten nicht selten in diesem Punkte auch Erhebliches. Ist die Sozialdemokratie dafür verantwortlich? Möge die bürgerliche Presse ihre Kritik und ihre Klagen nur gegen die Haken der bürgerlichen Gesellschaftsreise richten. Da hätte sie wahrlich genug zu tun.

Die **Streich-Dunderschen Gewerkschaften** genießen trotz ihrer relativen Harmlosigkeit die Sympathie der Konfessionen ebenso wenig wie die freien und die christlichen Gewerkschaften. Die „Kreuzzeitung“ hat erndet, daß die Gewerkschaften den großen Fehler haben, „nicht religiös“ zu sein, sondern der Gottlosigkeit zu dienen. Sie schreibt:

Eine wie gefährliche Klippe die Festlegung einer Gewerkschaft auf ein bestimmtes politisches Parteiprogramm ist, zeigt das Beispiel der **Streich-Dunderschen Gewerkschaften**. Sie bekennen sich zu einem scharfen Liberalismus, und die Folge war, daß sie nach einer kurzen Zeit des Aufstiegs dem stetigen Niedergange verfielen. Eine sehr kleine Zahl ihrer Mitglieder ist nach rechts, der weitaus größte Teil nach links zur Sozialdemokratie übergegangen, und der Rest hat für unser offizielles Leben eine herzlich geringe Bedeutung. Die **Streich-Dunderschen Gewerkschaften** zeigen aber andererseits, daß eine organisierte Gewerkschaft auch nicht religiös neutral sein kann, wenn sie die Sozialdemokratie bekämpfen will. Eine beratende Beziehung ist lediglich der Deklamation für den Atheismus, und in dessen Förderung stehen die Sozialdemokraten aben; ihre Gewerkschaften sind also für diejenigen Arbeiter, die sich religiös neutral nennen, das trügliche Zugmittel. Will eine Gewerkschaft dem Einflusse der Sozialdemokratie entgegenwirken, so muß sie in religiöser Beziehung Farbe bekennen, und das kann nur durch starke Betonung des christlichen Standpunktes geschehen.

Wenn den **Streich-Dunderschen Gewerkschaften** weiter nichts vorzuerwerfen wäre, als daß sie „nicht religiös neutral“ sind, so möchte es in mancher Hinsicht besser um sie stehen. Wollen sie den Versuch machen, der Wahrung der „Kreuzzeitung“ folgend sich „mal auf christlichen Standpunkt zu stellen, so können sie an sich auch noch die böse Erfahrung machen, daß dieser Standpunkt die denkbar schlechteste Stütze einer gewerkschaftlichen Organisation ist. Aber wir meinen, so klug werden sie auch in Zukunft wohl sein, daß sie sich um die Religion oder Konfession ihrer Mitglieder nicht kümmern.

Büntlerische Wünsche. In Eisenach hat am 20. August der dritte deutsche Innungs- und Handwerkerkongress, beehrt durch die Gegenwart eines Vertreters der Reichsregierung und einiger ausführender Abgeordneter, stattgefunden. Die Herren Büntler präsentierten der Regierung einen langen Wunschzettel. Unser Interesse besonders, was sie zur Abwendung von Schädigungen durch die **Böhrnkämpfe** fordernd. Ein diesbezüglicher Beschluß lautet:

Der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerkerkongress erklärt unter voller Anerkennung des Grundgesetzes der Koalitionsfreiheit, daß gegenüber den zahlreichen Auswüchsen, wie sie in immer steigendem Maße bei den Lohnbewegungen durch Bedrohung und Mißhandlung Arbeitswilliger, durch Verursachung und Vorfälschung der Gemeinbetriebe zu Tage treten, eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen erforderlich ist. Ferner erklärt der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerkerkongress, daß die wachsende Macht der Gewerkschaften den engen Zusammenfluß sämtlicher Arbeitgeber unbedingt notwendig macht. Er empfiehlt dringend, auch im Handwerk die Gründung von Arbeitgeberverbänden, von Streik- und Boykottschlichtungsausschüssen nachdrücklich zu betreiben, und durch das Zusammengehen mit den industriellen Arbeitgeberverbänden, wie es bereits im Verein Deutscher Arbeitgeberverbände verwirklicht ist, die Stellung der selbständigen Handwerker gegen das Andringen der Gewerkschaften zu befestigen.

Es reißt zum Lachen, daß die Büntler so gültig sind, den „Grundlag“ der Koalitionsfreiheit anzuerkennen. Sie hätten sich diese Bedenken ersparen können, um so mehr, als sie sich ganz offen als Feinde der Koalitionsfreiheit selbst und seiner Befähigung durch die Arbeiter bekannt haben. Ihre Sehnsucht nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Koalitionsfreiheit, zur Bekämpfung der Arbeiterkoalition gerichtet.

Weiter sprach der Büntlerkongress sich entschieden aus gegen die Konsumvereine und die Produktivgenossenschaften, sowie gegen die Weiterführung der sozialen Gesetzgebung und gegen die Zusammenlegung der drei Versicherungsgesetze.

Zum „kleinen Befähigungsnachweis“ gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es heißt:

Der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerkerkongress erklärt mit Genehmigung in dem von der Reichsregierung dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf über den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis die Verwirklichung der begünstigten Wünsche des Handwerkers.

Um aber den Erfolg des Gesetzes zu sichern, hält es der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerkerkongress für erforderlich,

daß die im Gesetzentwurf vorgesehenen Ausnahmen von den Grundbestimmungen nicht nur nach Anhörung der zuständigen Handwerks- und Gewerkeverbände zugelassen werden, daß nicht nur in den Augen der Handwerks- und Gewerkeverbände die Ausführung des Gesetzes allgemein durch Strafbestimmungen geschützt wird, sondern auch in den zahlreichen Handwerken, in welchen die Ausführung des Gesetzes zusammen mit einer Berufsbezeichnung nicht bloß als (Mechaniker, Photograph, Konditor, Barbier, Buchdrucker usw.)

Auch die „Regelung des Submissionswesens“ wurde in echt büntlerischem Sinne erörtert. In einer Resolution wird geordert:

Die sogenannten Submissionspositionen bei Vergebung von Bauten (z. B. für die Ausführung der Maurerarbeiten für die Hochbauten) werden in der Regel in Einzelpositionen ausgeworfen. Bei der Zuschlagserteilung, in Zweifelsfällen bei der Beurteilung von Angeboten, sowie bei der Aufstellung bedeutender Vergütungsansprüche und namentlich bei der Aufstellung von Preisverhältnissen für Unterhaltungsarbeiten für staatliche Bauten und Lieferungen wird dem Handwerker in größerem Maße als bisher seitens der beteiligten Behörden eine Einwirkung zugestanden durch Heranziehung von Sachverständigen aus den Reihen der Innungsangehörigen nach Vorschlag der Handwerkskammer.

Mit solch einer „Reform“ des Submissionswesens mögen die Büntler sich begnügen lassen.

Alkoholismus in den deutschen Kolonien. Der Petersburger hat große Schlaglichter darauf geworfen, welcher Art die Dinge sind, die man unseren schwarzen Menschenbrüdern unter dem Namen „Christentum“ und „europäische Kultur“ aufhals. Gelegentlich dieses Prozesses konnte man auch beobachten, mit welcher Begeisterung man von den ribelösen und ausschweifenden Trinkschalen sprach. Ueber den Alkoholismus in den Kolonien hat nun Dr. Flebzig-Jena höchst beachtenswertes Material gesammelt, das sich auf wissenschaftliche und statistische Feststellungen begründet, und es in einem Vortrage auf dem Vereinskongress des Abenteurerkongresses in der Gesellschaft der deutschen Kolonien. Wenn unser großer Dattelpalmen-Vernarrter zurückkommt, hat er natürlich von diesen Dingen nichts gesehen. Die Ausführungen des Dr. Flebzig, der übrigens 18 Jahre Militärarzt in den Kolonien auf dem Sundbaineln war, werden vom Abenteurer-„Arbeiter“ wie folgt resümiert: „Europäer, die in den Tropen Aufenthalt nehmen, erleben eine Veränderung der Blutverteilung. Ihr Organismus — wenn er gesund ist — kann sich aber im Laufe von zwei bis drei Jahren an das Klima völlig anpassen. Die alte Meinung, daß der Europäer sich nicht akklimatisieren könne, sei widerlegt. Die Ursache, daß diese Akklimatisation in so vielen Fällen mißlingt, daß die Sterblichkeit der Europäer in den Tropen so groß ist, liegt in der Alkohol-Trinkschalenhaftigkeit; denn der Alkohol wirkt denjenigen Regulierungen der Blutverteilung genau entgegen, mit denen der Organismus sich den neuen Temperaturverhältnissen anpaßt. Weil daher der Alkohol in den Tropen so besonders schädlich ist, mußte jeder Europäer, der dort arbeiten sollte und gesund bleiben wollte, sich des Alkohols völlig enthalten. Im Gegenteil müßte aber gerade dort bei den Europäern die Trunksucht mehr als in der Heimat wegen des Mangels der gewohnten Anregungen, sowie weil sich viele minderwertige und abenteurerliche Elemente in die Kolonien drängen. Der Alkoholismus sei für den sog. „Tropenkolonial“ verantwortlich zu machen. Mehr als die Holländer und Engländer in ihren Kolonien seien die Deutschen in Afrika dem Alkoholismus ergeben. In den deutschen Kolonien kommen deshalb mehr Skandale vor als in denen der anderen Nationen.

Noch verhängnisvoller sei der Alkoholismus für die erst durch die Europäer mit ihm bekannt gemachten Eingeborenen, da ihre eigenen Brauchgetränke — soweit sie nicht, wie die Gerere in Deutsch-Südwestafrika, früher völlig frei von solchen gemeinen seien — ganz leicht und nur zu gewissen Zeiten in beschränkter Menge herstellbar seien. Die Eingeborenen erkrankten schnell körperlich und moralisch, werden arbeitsunfähig und verarmten infolge der europäischen Alkoholzufuhr. Wenn wir die Wege der Gewinnlust von Alkoholproduzenten und -Händlern überlassen, werden sie zu Grunde gehen wie die Indianer. Es sei deswegen ein Schnapsverbot unbedingt notwendig. In einzelnen englischen Kolonien sowie in neun Zehntel des Königreiches sei dieses Verbot durchzuführen. In den deutschen Kolonien Westafrika aber besteht ein Drittel der Einfuhr aus Alkohol. Namentlich Togo, die einzige deutsche Kolonie, die sich ohne Reichszuschuß erhält, „stützt“ finanziell durch die Schnapszufuhr. Die Bevölkerung aber, bereits völlig alkoholisiert, geht physisch und moralisch zu Grunde. Man bete dort bereits eine Schnapsdiktin „Almela“ an! In Südwestafrika sei unserer Truppen zuliebe der Branntwein ganz aufgehoben! Nach dem Urteil von genauen Sachkundigen seien im Alkoholtraum mit den Eingeborenen abgeschlossene Bodengeschäfte Hauptursache des Aufstandes. Gendrit Witbooy, ein sehr verlässlicher Mann, habe die Waffen gegen Deutschland ergriffen, weil der deutsche Beamte die Schnapszufuhr in Witbooy Gebiet — entgegen dessen bringenden Vorstellungen — erlaubt habe!

Die englischen Gewerkschaften gegen das Streikbrechertum. Die empfindende Tatsache, daß in letzter Zeit wiederholt Streiks der deutschen Arbeiter durch englische Streikbrecher gefährdet, ja direkt erdrückt wurden, hat die Trades Unions veranlaßt, der Sache näher zu treten. Der Arbeiterabgeordnete Henderson richtete am 14. August im englischen Unterhause folgende Frage an den Minister des Innern:

Ist es Ihnen bekannt, daß am 3. d. M. in einem der Londoner Docks ein Schiff von Antwerpen mit englischen Arbeitern beladen wurde, um sie nach Antwerpen zu bringen, um sie die Plätze von Streikenden einnehmen sollten? Und ist es Ihnen bekannt, daß jeder der engagierten Arbeiter mit einem Kaufstempel abgehempelt wurde? Was gedenken Sie zu tun, um im Interesse des guten Namens unseres Landes solche Praktiken unmöglich zu machen?

Der Minister antwortete, er sei darüber nicht informiert, und wenn er informiert wäre, so hätte er doch keine Macht zum Eingreifen.

Die Arbeiterkassation ist selbstredend mit dieser Antwort nicht zufrieden. Sie beschloß, von der Regierung eine Gesetzesvorlage zu verlangen, nach der es verboten sein soll, in England Streikbrecher für das Ausland anzuwerben, ebenso wie es auf

Grund der Foreign Enlistment Act verboten ist, Engländer für eine kriegsführende fremde Macht als Soldaten anzuwerben. Sollte die Regierung eine solche Bill nicht einbringen, so wird dies die Arbeiterpartei tun. Wie Henderson mitteilte, hat die Arbeiterpartei eine derartige Vorlage bereits fertig.

Auch der nächste Trades Unions-Kongress, der in der ersten Septemberwoche in Bath stattfindet, wird sich mit der Ausfuhr von englischen Streikbrechern beschäftigen. Folgende Resolution liegt dazu vor:

Der Trades Unions-Kongress tadelt die britischen Arbeiter, die sich in den Dienst kosmopolitischer Sympathie stellen, um ausländische Streiks zu brechen. Ferner fordert er die Regierung auf, das dem Gesetze betreffend Foreign Enlistment zu Grunde liegende Prinzip auf die Anwerbung von britischen Streikbrechern für das Ausland anzuwenden.

Man muß nun abwarten, was aus dieser Aktion wird. Es ist leicht möglich, daß die englischen Liberalen in dieser Frage verjagen. Sollte es so kommen, dann müssen eben die englischen Gewerkschaften selbst etwas dagegen unternehmen. Das ist eine sehr selbstverständliche Pflicht der internationalen Solidarität, daß sie sich hüten müssen, ihr nicht zu entsprechen. Schließlich könnte auch einmal den sehr geduldeten Deutschen die Geduld ausgehen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren; über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden weiterhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten.

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg: Kirchwärders (Streik), Ochsenwärders (Sperren über Blocken, Neben in Spatenland und Mint in Moorleth), Lübeck (Differenzen);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulmsdorf, Sägeberg, Rickling (Streiks), Brdrsdorf, Voerde (Differenzen), Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Calleson);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holdorf), Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke), Gielow (Sperre über Korff);

Brandenburg:

Berlin und Vororte (Differenzen), Kalkberge-Rüdersdorf, Henniksdorf-Hezfelde, Hirschgarten (Streiks), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus und Saalbau in Gallun), Fürstenwalde (Differenzen);

Pommern:

Cammin, Garz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperre über Paape), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperre über Friedrich Berg);

Ost- und Westpreußen:

Zoppot (Streik), Marienwerder (Differenzen), Konitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rohse), Memel (Sperre über Richtmeister und Schmidt);

Posen — Schlesien:

Schwersen (Sperren über Höfig, Iwan & Anders und Manjowski), Muskau (Sperren über Stälz-nagel und Lau), Militsch (Sperre über Klein), Rawitsch (partieller Streik), Neusalzbrunn (Sperre über Täßler), Ohlau (Sperren über Rother, Jander und Salzborn);

Königr. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, M. Steyskal in Möckern, Sohr-strasse, Alfred Kirschner in L.-Gohlis, St. Privat-strasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichte-strasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brand-vorwerkstrasse, Hermann Kögel in L.-Gohlis, Landsbergstr. 14, Fr. Probst & Co., L.-Gautsch, Spinnerstrasse, Schneberg (Sperren über G. Heckel in Schneberg, Lain in Aue, Bau liegt in Niederschloma, und über den Fabrik-neubau in Oberschloma, Unternehmer Sänder), Mülsen (mehrere Sperren), Aue (Sperre über Ritsch in Lössnitz);

Thüringen:

Jena (Differenzen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Erfurt (Aussperrung), Quedlinburg (Sperre über die Kasernenbauten des Unternehmers v. d. Föhr);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Springe, Wildeshausen, Delmenhorst, Wunstorf (Streiks), Gelle (Aussperrung), Salzgitter (Sperre über Hönnerbach), Fallingb. (Sperre über Bostelmann);

Westfalen:

Hagen (mehrere Sperren);

Rheinland:

Crefeld, Dellbrück (Streiks), Ruhrort-Laar (Sperre über die Kolonibauten von Gehr. Meier), Schwelm (Sperre über Müller);

Hessen und Waldeck:

Wildungen, Gernshelm (Streiks), Rüdesheim-Gelsenheim (verschiedene Sperren), Rüdesheim (Sperre über Heinr. Volk);

Elsass-Lothringen:

Hagenau (Streik);

läßt, so würde man dem Schwerdis etwas in den Weg legen. Lieberleben und sonstige Lieberbeut, sind an Verlangen des Unternehmers zu leisten. An Lohn in der gesagten Woch für Bauhandwerker 45 $\frac{1}{2}$ dom, im Jahr 1909 48 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1909 an 50 $\frac{1}{2}$. Für Stein- und Kalbfärger sollen in denselben Zeitabschnitten 39 $\frac{1}{2}$ resp. 40 $\frac{1}{2}$ resp. 42 $\frac{1}{2}$ und für sonstige leistungsfähige Hilfsarbeiter 36, 37 und 39 $\frac{1}{2}$ gezahlt werden. An der Arbeitszeit, soll nicht gerührt werden. In ihrer Generosität haben die Unternehmer sogar noch Zusagen gemacht; so z. B. bei Arbeitern in alten Abritten von 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Zu den Maßgezeiten darf mit größeren Bauten ein Bote zum Einholen der Lebensmittel geleistet werden. Das sind so einige Schölichkeiten der Arbeitsordnung, die unseres Erachtens völlig ausreichen, um die guten Herzen unserer Herren Vrot- und Arbeitgeber in der begünstigten Beleuchtung zu erhalten zu lassen. Der Arbeitsnachweis ist natürlich als Maßregelungsbureau gedacht; denn sonst hätte die Geschichte ja gar keinen Wert. Dort werden bei Arbeitsfindenden Karten verabfolgt, auf deren Rückseite noch folgende Bedingungen stehen:

Eine gegenseitige Kündigung findet nicht statt; das Arbeitsverhältnis kann zu jeder Zeit gelöst werden. Es ist bei Wägungen der Beschäftigten in die auf dieses Arbeitsverhältnis letzte Lohnzahlung eine Veranschlagung der Arbeitszeit, einerseits aus welchem Grunde, wird in Abzug gebracht. Die im Falle des Arbeitsnachweises ausstehende Arbeitsordnung hat Unterzeichneter gelesen und erkennt dieselbe an.

Besüglich etwaiger besonderer Arbeitsordnungen erklärt sich Unterzeichneter mit diesen einverstanden und ist bereit, die Arbeit am 190... antreten zu wollen.

Natürlich haben es die Arbeiter abgelehnt, über diesen höheren Blödsinn überhaupt erst zu reden. Die Unternehmer haben sich, das wohl gleich gedacht und haben an die Polizei, die früher bei ihnen arbeiteten, Briefe folgenden Inhalts gesandt:

Gefte, den 16. August 1907.

Herrn Polier

Wie Sie aus den Tagesblättern wissen, werden vom Sonnabend, den 17. d. M. ab, Arbeitswillige wieder eingestellt.

Falls Sie für die Folge wieder als Polier bei mir Beschäftigung finden wollen, ersuche ich Sie, in den nächsten Tagen zu einer Versprechung bei mir vorzukommen.

Bemerken möchte ich allerdings noch anmerken, daß ich Sie bei weiterer Fortsetzung eines Polierpostens nicht lig, aus dem Grunde, weil Sie zu jung sind.

Vielleicht nehmen Sie in dieser Beziehung mit den
anderen Völkern vorher Rücksprache. Im Falle einer Ab-
kehrung würde Ihre Stelle jetzt durch eine andere Kraft
besetzt werden. Achtungsvoll

Es wäre eine Affenschanze für die ganze hiesige Arbeiterklasse, wenn Unternehmer hiermit ein Beispiel abgeben würden. Die Polizei hat doch schon schon bekannt. Erst werden sie bösen den Unternehmern ausgelpert und dann sollen sie noch aus der Organisation austreten, damit sie bei künftigen Gewalttätigkeiten ganz schuldig sind! So lange die Unternehmer nicht vernünftigeren Erwägungen zugänglich sind, ist ein Friede ausgeschlossen. Wir eründern die Kollegen allerorts nur um den einen Dickschädel in den Mäulen, dann wollen wir mit unseren Schachmännern schon fertig werden.

Gau Nürnberg.

In Nürnberg hat ein ziemlich geringfügiger Streik plötzlich die Gefahr einer Aussperrung heraufbeschworen. Aus einem Bau-Unternehmen sind 25 Arbeiter, waren außer einem größtentheils organisirten Kollegen und ein einziger sogenannter Substitutionsarbeiter beschäftigt, die mit Vortheile aber unter Umständen herbeiziehen, ihn kassieren und schellen. Infolge dessen war das Verbot aus dem Bau genommen, und es kam zu einem Einlass am 8. und 18. August, doch zur Arbeitsvertheilung. Unsere Kollegen verlangten die Entlassung eines Unorganisirten, der einem Kollegen unehrenhafterweise das Diebstahls bezichtigte. Der Unternehmer lehnte die Entlassung mit der sehr geläufigen Redensart ab: „Wenn's nicht passt, kann gehen.“ Darauf gingen die Kollegen. Später gingen auch wir, die, wie auf den anderen Baustellen das Unternehmern arbeiteten. Nur vom Holland in Rot. Die Mittelfränkische Arbeitsverband sahnte am 18. August in einer zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlung den Beschluß. Wenn die Sperr nicht bis Donnerstag, den 22. August, aufgehoben ist, werden alle freigeorganierten Maurer und Bauarbeiter am Sonnabend, den 24., ausgeperrt. Der Verband hat dabei wohl überlegen, daß es sich um gar keine Sperr handelt. Die in Frage kommenden Gewerkschaften standen der Arbeitsvertheilung willig fern. Die Arbeiter haben die Sperrung aus sich und auf eigene Gefahr getan. Und schließlich wird die Unterhinterorganisation doch wohl nicht annehmen, daß wir ein solches Vorgehen, wie es von unseren Kollegen in diesem Falle beliebt worden ist, billigen oder unterstützen. Es ist also ganz unangebracht, unsere Organisation dafür verantwortlich zu machen und sogar mit einer Ausperrung zu drohen. Offenheit wird diese Dummheit inzwischen wieder eingetrückt, ohne daß schwerere Komplikationen daraus entstehen. Wir können unsere Kollegen, so solchen Vorgehen nur warnen. Wenn sie berechnigen, warum zu Beschwerte zu haben glauben, so ist die Organisation, die sie sich zu wenden haben. Derartige Unverantwortlichkeiten sollten nachher aufhören. Ebenso gefährlich sind den gewerblichen Frieden ist oder auch das hochwürdige und drohende Benehmen der Unternehmer. Sie wissen, daß es zur Schlichtung von Streitigkeiten, bei denen das Recht, und zwar nicht nur das moralische, sondern auch das tarifliche Recht, nicht auf unserer Seite ist, keiner Drohungen bedarf. Wenn solche Drohungen überhaupt eine Wirkung haben, dann sicher keine, die der friedlichen Klärung dienlich ist.

In einigen Parteilisten finden wir einen Bericht über eine Versammlung der baugewerblichen Verbände, die am 23. August getagt hat. Hier soll es den Vorständen nicht möglich gewesen sein, die Mitglieder davon zu überzeugen, daß man einen Konflikt dieses Anlasses wegen vermeiden müsse. Wir geben diese Nachricht mit allem Vorbehalt wieder, stellen aber fest, daß bis zum Mediationsstich weder der Verbandsvorstand noch wir eine nähere Mitteilung über die Entwicklung des Streikfalles hatten.

Gau Osten (Danzig).

In **Boppo** haben die neuerdings angekauften Verbands-
lungen zu keinem Ergebnis geführt, da die Unternehmer
ihre früheren Angebote ganz erheblich veräußerten. Der Abge-
ordnete, der die Verhandlungen angebahnt hatte, stellte sich da-
her seiner Unparteilichkeit auf der Seite des Standpunkts der
Unternehmer. Die in dieser Woche importierten 20 Stalener
werden nicht im Stande sein, die vorhandenen Arbeiter fertig zu
machen, um so weniger, als es diesen braunen Stühlen Italiens
hier bald zu kalt werden dürfte. Die Unternehmer werden dann
wohl gezwungen sein, eine Verflüchtigung mit den Streikenden
herbeizuführen. Der Zugang muß mit aller Strenge ferngehalten
werden.

Gau Stettin.

in Vorgee. A. erklärte sich am 18. August, die Generalversammlung mit dem vom Arbeitgeberverband gebotenen Lohn von 87 $\frac{1}{2}$ für Arbeiten in der Stadt, 40 $\frac{1}{2}$ auf dem Lande und 50 $\frac{1}{2}$ in Vororten einverstanden; ebenso mit einer Vertragsdauer bis zum 1. September 1909. Von 90 abgegebenen Stimmen waren 65 für, 25 gegen das Angebot. Einige Änderungsanträge, Reisefrei, Überstunden und Seematerial betreffend, bedürfen noch der Beratung. Sobald diese Fragen erledigt sind, steht einem Vertragsschluß nichts im Wege. Für die Bauarbeit: leihen die Unternehmer jede Veranlagung ab. Die Zimmerer haben, trotz eines am 7. Juli in gemeinsamer Sitzung gefassten Beschlusses, 5 $\frac{1}{2}$ in jeder Lohngruppe zu fordern, nur 2 bezog 4 $\frac{1}{2}$ gefordert und baute einen vollen Erfolg erzielt.

In **Colbern** hat sich die Organisation der kleinen Unternehmen gebildet. Unser Vertrag läuft am 1. Oktober 1907 ab. Nach rechtzeitig erfolgter Kündigung erging an uns die Aufforderung, unsere Anträge einzureichen. Diefem nachkommend, fordern unsere Kollegen 50 % pro Stunde; Sonntags eine halbe Stunde früher Feierabend, sowie einige Verbesserungen, die Reizzeit betreffend. Diese Anträge find dem Arbeitgeberverband wie auch der Organisation der „kleinen“ Unternehmer zugesellt. Die Bauarbeiter reichen ebenfalls Forderungen ein. Der Vertrag der Zimmerer läuft noch bis zum 31. Debr. d. J.

In Schwabe besteht seit diesem Frühjahr für einen Stadttheil von 4 km die geänderte Arbeitszeit. Im Vorbest. wird inf. Meistzeit noch ein halbes Jahr. In die Meistzeit kommen für die Kollegen schon gewöhnlich die letzten 15 Minuten. So auch in der Samstag bei dem Unter- und Ober- und Gießerei. Hiergegen protestierte der Kollege Hoffe und es kam zu einer bühnen Anwesenheitsbesprechung mit dem Vorsitzenden. Hoffe, der dort Bolter inf. Hoffe kam nach einer andern Arbeitsstelle. Das Verhalten des Kollegen Hoffe er- kannte die Sitzung als gerechtfertigt an. Hoffe ersuchte die Sitzung, die Hoffe durch die eigenen Kollegen gebührt sei und behauptet seine schroffen Äußerungen gegen Hoffe. Es wird in dem Bezirk noch einer intensiven Agitation bedürfen, um die Fernstehenden zu gewinnen und die Mitglieder zu guten Kampfen zu erziehen. Der Mangel eines Verammlungslokals macht sich hier sehr unangenehm bemerkbar.

In **Stettin** waren am 13. August auf 81 Arbeitsstellen 38 Poliere, 556 Gefellen, 85 Befehlende und 350 Arbeiter beschäftigt. An eine Verringerung der Beamtstätigkeit ist vorabhand nicht zu denken; dies machen sich neuerdings einige Mitglieder des Arbeitgeberverbandes zu nütze. Nicht daß sie den Lohn drücken, aber die Behandlung läßt viele zu wünschen übrig; die Arbeitsleistung genügt, obwohl gerade Stettin mit zu den Orten gehört, wo eine hohe Durchschlagsleistung ganz und gäbe ist. Der mündliche Verkehr ist bei einigen Unternehmern a la Kosenrothn bezw. Gutshof. Welchesuzt auf sich der Unternehmer G r a u e r herbor. Es tut Noz, dem Herrn recht daß in fühlbarer Weise begreiflich zu machen, wie Menschen behandelt werden müssen. Beim Neubau der Panngröbride kam es zu Differenzen, die sich schnell regelten. Die Unternehmer haben heute zwei Organisationen, davon hat der alte Verband 28 Mitglieder, der neue Verband soll 81 Mitglieder haben. Letzterer umfaßt meist die kleinen Unternehmer. Höfentlich sorgen beide Organisationen dafür, daß ihre Mitglieder im Umgang mit Arbeitern höflich bleibt bezw. werden.

Ein Standes ist es, daß in einigen Landbezirken zusehender Mauer kein Mauerer mehr vorhanden. In Dresden ist Regalst Arbeit gänzlich erloschen, doch haben es einige unserer Collegien durch Schuldenmachen und Fingelgeschäfte Verruchten gegen Wirthe sowie fortw. gebracht, daß sich kaum noch ein Privatmann findet, der Schlafzimmern nimmt, selbst wenn wirklich gute Menschen darum ersuchen. Wo berartige Fingel und Schulden noch aufstehen, sollte man diese viel unnißige Kinder behandeln; Unter Umständen wäre eine bürgerliche Ermahnung zur Nützlichkeit. Sie müssen erst zu Menschen erzogen werden.

Bekanntmachung des Vorstandsvorstandes.

An die Zweigvereinsvorstände, die Veröffentlichung der Ausschüsse betreffend. Da Ausschüsse innerhalb eines Monats, nachdem ihnen der Beschluß bekannt gegeben ist, Beschlüsse über ihren Ausschluß beim Verbandsvorstand und, nach Zurückweisung der Beschlüsse innerhalb eines Monats, beim Verbandsausschuß führen können, so sind wir nicht in der Lage, die uns bekannt gegebenen Ausschüsse vor Ablauf der Beschlusfrist veröffentlichen zu können (Siehe, § 37 d. Statuts.) Eine Ausnahme von dieser Regel wird nur bei heftig streitbaren Ausschüssen gemacht. Die Verwaltungen werden aus diesem Grunde ersucht, uns immer genau anzugeben, aus welchen Gründen der Ausschluß erfolgte.

Sterbegeld: darf, laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und
der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung aus-
zahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 19. bis 24. August für folgende Mitglieder erteilt:

Louis Schäfer-Hamburg, Verb.-Nr. 27 220; Joh. Richter-Danzig, 226 602; Rob. Reiffentich—Slettin, 46 141; Franz Stange-Halle, 807 722; M. Nidel-Dammsdahl (Frau), 275 372; K. Weder 11—Eberghausen, 253 779; Karl Dombaurer-Miesbaden, 165 087; Ad. Schlemmer—Mainz, 40 912; Joh. Orffselle-Feierheim (Frau), 16 558; Chr. Haase-Nordhardenberg (Frau), 89 976; Herrn. Neubert-Berlin (Frau), 9418; Herrn. Bienenfeld-Berlin, 3882; Emil Buchholz-Berlin (Frau), 123 662; Herrn. Müller-Altenberg (Frau), 50 214; Alb. Salomo-Münch-Ruppin, 90 574; Karl Krieme-Gustfurt a. M., 141 305; Herrn. Kunge-Göttingen, 130 135; Gust. Strödmann-Schwabach a. M. (Frau), 122 901; Gust. Böttig-Beckhausen (Frau), 17 202; Karl Ahrendts-Hamburg, 29 032; Otto Thiele-Marsfeldstr. 86 305.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Befensbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 19. August bis 24. August 1907 sind folgenden Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Auden 4, 112/52, Grünberg i. Schf. 10, Pahren 8, 837
 Moltkämmlin 4, Hirschberg a. d. S. 33/18, Wefel 14,40, Aue
 309/50, Eickow 200, Mühlungen 300, Graudenz 100, Brenne-
 haken 800, Duisburg 800, Gelsenkirchen 800, Wiesbaden 800,
 Rittau 800, Altenburg 800, Varnen-Eberfeld 600, Werder
 600, Elbing 500, Suhlun 500, Gameln 500, Begehdal 400,
 Meerane 300, Roßlau 300, Schönebeck 300, Anklam 300,
 Strausberg 250, Heide 200, Mhlau 200, Öppingen 200,
 Demmin 171, Edmalbaten 100, Heiligenhafen 100, Haken
 (vom Streif jurid.) 63,93, Raitowitz (vom Streif jurid.) 8
 Hermsdorf 5, Müschphofe 1,01, Rarkburghe 1500, Oldenburg
 i. Gr. 800, Plauen i. B. 800, Jwidau 800, Garburg 772
 Reiz 800, Novowes 600, Werder a. d. S. 400, Hakenheim 400,
 Deutsch Eylau 300, Cüstrin 200, Achim 200, Bredow 200,
 Penig 200, Neubowen 200, Neihu 200, Oltrositz 200, Werder
 a. d. Mügl. 180, Fährtenwalde 100, Stadenhagen 100, Cümmen-
 bingen 90, Stargard i. Pl. 60, Jülich 45, Malzau 40,
 Mühlroß 200, Gernau 200, Spä 200, Krenschin 400, Hünne-
 berg 200, Grawen 250, Siles 200, Vorn a. M. 200, Schafelitz
 200, Nockenheim 150, Hitz i. M. 100, Mainburg 43,80, Seeling-
 700, Nordhausen 600, Derslein 400, Friburg i. Br. 300,
 Trebbin 200, Treuenbrieten 174, Elm 3665, Hannover 8000
 Lindenwalde 500, Rathowen 500, Glemitz 500, Mülden 300,
 Gera 800, Unterwiesbad 200, Rantau 200, Bierre 60, Bay-
 reuth 2.

b) Für Futterale:

Reichs-M. 2, Mainz 2, Minden 2.

c) Protokolle vom neunten Verband

Hamburg M. 289, Potsdam 11, Alstedt 4, Fürstenwalde 41
 Neu-Ruppin 61, Helmsiedt 6, Neuhaldenleben 4, Gernsböden
 b. Münchhofe 1. Werben a. d. R. 17, Freiburg i. Br. 40.

d) „Arbeit und Kultur“.

Տիպերի խ. 10,50

e) Mahnwort.

Stehend M. 10.

\$2.50.

235 11 11 22

g) Für Kalender.

Rehndt A. 20.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben, und denen nicht schriftlich eine andere Mitteilung geworden ist.

Mit verloren gemeldet sind uns die Miligedächlicher der
Kollgen Paul Scholz-Mendeburg (Verb.-Nr. 243 516), Th.
Hoffmann-Bamburg (12 688), Seimr. Wilschbach-Grantsfurt a. M.
(21 798), Seimr. Wilschbach-Annaburg (51 096), J. Schumacher
Brafte (355 176), Wm. Freiling-Salzungen (71 292), Ant.
Kling-Schwerden (127 014), Wils. König-Salzungen (98 111),
F. W. Wilschbach (19 216), Wm. Biegel-Berlesberg (178 752),
Joh. Kremer-Söllingen (184 714), Andr. Dotter-Darmhau-
sen (198 768), Wm. Wendland-Halberstadt (228 255), Joh. August
Polen (245 813), Joh. Meier-Meignsburg (267 578), J. J.
Berge-Grantsfurt a. M. (306 675), Seimr. Bapf-Schneidem-
berg (359 729), Wm. Kreßhimer-Leipzig (384 813), Aug. Dietrich
Weg (408 291), Leobord Sobel-Barnitz (410 467), Ed. Fietz
Hagen (421 094), Zul. Sarnes-Oberglaßau (443 176), R.
Loop-Gr. Schneides (445 100), Andr. Flaunger-v. d. A. d.
(451 810).

Ausgeschiedenen sind auf Grund § 37 b des Statuts von
Zweigverein Frankenberg: Richard Kempe (Verb.-N.
221 399); Werner a. G.: Willy Schulte (163 249); Friedr.
Grafh von (405 876); vom Verbands-Vorstand: Wida
Mäder (132 024), geboren am 19. Dezember 1873 zu Schnaib-
bainichen.

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rühmlicher ständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert: 246 Versplichungen nachzufornen werden. von Zweigverein Neubrandenburg. Triebe, geboren am 12. Januar 1872 zu Pfost. Sein Mäglste dach ist im Besitz der Verwaltung des Zweigvereins. Triebe (Ernst Hoff) (Werb.-Nr. 246 509), geboren zu Schwabens es handelt sich um das folgende. Witzscham: Ant Wader (390 901), geboren am 1. Dezember 1882 in Schilling und Gotfrid Wayer (427 571), geboren am 27. Oktober 1881 in Witzscham. Witzscham, Witzscham (387 28)

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mittheilung zu machen.

Der Vorstandsvorstand

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungen, Beschlüsse und sonstige Beschlüsse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Beschlüsse und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Angetreuer Kassierer.

Der Maurer Vinzenz Blachetta, geboren zu Sarkan, Kreis Oppeln, Verb.-Nr. 259 210 war Kassierer des Zweigvereins Beutenroda und hat als solcher gegen M. 800 Verbandsgehalt unterzogen. Wer den Blachetta trifft, möge ihn sofort der Polizei übergeben und an Eduard Feischner, Marien b. Beutenroda, Mitteilung machen.

Berlin. Am 16. August tagte im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung der Sektion der Gips- und Zementarbeiter, um gegen die Verfallensbeschlüsse, die sich in unserer Sektion, veranlaßt durch einzelne unzufriedene Elemente, hervorzuheben, Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende Sachse führte hierzu folgendes aus: Verschiedene Mitglieder von der Zementbranche, die erst in diesem Jahr im letzten Jahre eingetreten sind, haben es fertig gebracht, sich während des großen Kampfes im Baugewerbe Berlin von der Verbandsorganisation abzulösen und eine Sonderorganisation ins Leben zu rufen. Der Grund dieser Abspaltung ist sowohl in der Verbandsorganisation für die Solidarität gegenüber ihren in der Gemeinschaft gezogenen Kollegen, als in der kurzen Zugehörigkeit zur Organisation zu suchen. Die Betroffenen sind unzufrieden, weil sie während des Kampfes im Baugewerbe Streikbeiträge, wie sie von der Versammlung vom 30. Mai einstimmig beschlossen wurden, bezahlen sollten. Daß eine derartige von unzufriedenen und sich den Verfallsbeschlüssen der Organisation nicht fügen den Elementen gegründete Organisation keine Berechtigung zur Existenz hat, daß sie stets Anlaß zu Differenzen auf der Baustelle gibt, wird wohl einem jeden Kollegen, der es ernst mit der Arbeiterbewegung meint, klar sein. Da nun auf Grund gegenwärtiger Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Organisationen im Baugewerbe Mitglieder von der einen Organisation zur anderen nur übertritten können, wenn sie ihren Verpflichtungen der alten Organisation gegenüber nachgekommen sind, können Mitglieder dieser Vereinigung auch in keinem anderen Verbande aufgenommen werden. Da herabgesetzte Sonderbeiträge von den Unternehmern stets mit Freuden begrüßt werden, können wir auch hier konstatieren, indem sich die Unternehmern mit der Organisation bereits befassen und dieselbe protegiert. Pflicht eines jeden Kollegen unserer Sektion muß es sein, gegen diese Sonderbeiträge Front zu machen und die Kollegen, die sich auf herabgesetzten Wegen befinden, von diesem Weg zu weisen. Die Eigenartigkeit schädigen den Schritt abzuschaffen, nur in der Erkenntnis, daß der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert, liegt unsere ganze Kraft. Alle Diskussionen, bis auf einen, der den Sonderbeitrags- und Organisationsverhältnissen noch unter gewissen Bedingungen die Berechtigung zur Existenz zuläßt, beurteilen in der entscheidenden und klaren Weise derartige Verhältnisse, die nur darauf hinausgehen, zur gegebenen Zeit den Unternehmern wirtschaftliche Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung verurteilte die Abspaltungsvorwürfe ganz entschieden. Man hält das Vorgehen der Sonderführer für einen unüberlegten und unbedachten Schritt, und hofft, daß die Betroffenen vernünftigen Vorstellungen zugänglich sind und für die zuständige Organisation wieder zu wirken sein werden. Von weiteren Beschlüssen, die die Versammlung beschloß, ab. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erstattete der Kollege Grundmann den Jahresbericht über die Tätigkeit der Berliner Gewerkschaftskommission. Unter anderem führte er an, daß die Direktion der Sternwarte in Leipzig an die Gewerkschaftskommission mit dem Antrag herantreten sei, die Gewerkschaften möchten 100 000 Mk. zu 80 % entnehmen, um so mit dazu beizutragen, daß der geplante Neubau der Sternwarte bald in Angriff genommen werden kann. Hierzu seien noch M. 80 000, die von den Gewerkschaften durch Abnahme obiger Mk. aufgebracht werden sollen. Die Mk. sind nicht an eine bestimmte Zeit gebunden und berechtigen zum Eintritt in einen Jubiläumsvortrag sowie zur Benützung des großen Fernrohrs. In der Diskussion wurde von den Rednern kritisiert, daß die Regierung wohl für alles andere Geld zur Verfügung stellt, jedoch zur Unterstützung für berufliche Fortbildungsinstitute nicht zu haben ist. Die Angelegenheit wird nach kurzer Diskussion dem Vorstand zur weiteren Erörterung überwiesen. Als Delegierte zur Gewerkschaftskommission wurden die Kollegen Otto Wagemann, Wilhelm Remm und Otto Haack gewählt. Unter „Verschiedenes“ berichtete der Kollege Haack, daß das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts auf Antrag des Berliner Betonvereins einen Schiedspruch gefällt hat, wonach die in der Steinbeckenbranche beschäftigten Arbeiter, Einfaller, Träger und Hülfssarbeiter mit in den Vertrag der Gips- und Zementbranche einbezogen werden sollen, und diese Arbeit nicht als Maurerarbeit, sondern als Spezialarbeit zu betrachten ist. Wir lassen hier den Wortlaut des Schiedspruchs folgen: Die Steinbeckenbranche ist eine Spezialbranche, und die von ihnen ausgeübten Arbeiten fallen unter die Arbeiten, die in dem Vertrag der Gips- und Zementbranche abgeschlossen ist. In diesem Vertrag steht allerdings eine spezielle Beziehung der betreffenden Arbeiterkategorie, und wird deshalb den Parteien aufgegeben, eine solche zu vereinbaren und in den Vertrag einzufügen. Neben empfiehlt die Ablehnung des Schiedspruchs, weil die in der Steinbeckenbranche beschäftigten Kollegen in Lohn und Arbeitszeit ungünstiger gestellt würden, wenn der Vertrag auf sie ausgedehnt würde. Im übrigen verweist er auf den Artikel in der Nr. 80 des „Grundstein“, worin der Schiedspruch ausführlich behandelt wird. Einstimmig wurde beschlossen, den Schiedspruch abzulehnen. Hierauf teilte der Vorsitzende mit, daß sich am Tage der Versammlung noch 229 Kollegen zur Kontrolle gemeldet haben. Am Freitag, den 8. August, ist der allgemeine

Streik aufgehoben; infolgedessen werden arbeitslose Kollegen in das Verzeichnis der Streikenden nicht mehr aufgenommen. An die Kollegen, die zur Zeit der Aufhebung des Streiks noch arbeitslos waren, wird die Unterzeichnung des Streiks noch abgefragt. Die Streikbeiträge werden jedoch nur bis Sonntag, den 10. August, bezahlt, jedoch in ganzen für die Kollegen der Sektion der Gips- und Zementbranche 83 Tage für Streikbeiträge in Frage kommen. Von der 26. Vertragswoche ist dann für sieben Wochen der vom Hauptvorstand ausgesetzte Extrabeitrag für ganz Deutschland fällig, und zwar behalten die Einfaller, Zementierer, Spanner, Träger und Hüfer 60 % und die Hülfssarbeiter 50 % pro Woche Arbeitslohn, frant, und noch streikende sowie die vom Vertrag befreiten Kollegen sind auch vom Extrabeitrag befreit. Diese erhalten für die betreffende Woche eine Extrabeitragssumme. Weiter wurde bekannt gegeben, daß sich eine Anzahl Mitglieder, und zwar vornehmlich Einfaller, durch eine Resolution vom Verband abgemeldet und ihren Austritt erklärt haben, ohne ihren Verpflichtungen der Organisation gegenüber nachzukommen. Einzelne sind darunter, die erst von der Organisation Streikunterstützung erhalten haben, um sich nachher aus ganz niedrigen Motiven abzumelden. Zweifellos sind alle diese Elemente Mitglieder der Sonder- resp. gelben Organisation geworden. Beschlossen wurde einstimmig, diese aus der Organisation auszuschließen. Wichtig gestellt wurde noch, daß es nicht, wie im letzten Bericht in der Nr. 82 des „Grundstein“, unter Ausgaben an den Zweigverein zu lesen war, M. 18869.39, sondern M. 18849.39 heißen muß. Zum Schluss wurde noch bekannt gegeben, daß alle Kollegen, die gestreikt haben, sowie die deren Sammelkarte in Ordnung ist, eine besondere Legitimationskarte erhalten. Auch können von den Bandputzern die auf dem Bureau abgegebenen Streikkarten für die Kollegen abgeholt werden.

Glöbe. Hier arbeiten seit einiger Zeit einige Kollegen aus Oldenburg, vom Zweigverein Magdeburg, welche als Spezialarbeiter auftreten, aber nicht einmal ihre Pflichten als Verbandsmitglieder zu kennen scheinen. Sie haben sich hier nicht einmal angemeldet und außerdem führen sie Affordarbeiten aus, die bei uns verboten sind. Uns wird immer angetragen, die Organisation auszubauen und tüchtig zu agitieren, damit alles im guten Geleise bleibt; und nun kommen mit einem Male die Oldenburger, die sich in dieser Weise genügen belassen, hier herangekehrt und untergraben das nach langen Wägen hier Gelingen wieder. Galt dies Gebahren die Organisation fördern? Sie sind uns als Kollegen herzlich willkommen, denn Arbeit ist hier genügend vorhanden, aber wenn sie gegen die Beschlüsse des Zweigvereins handeln, sind wir nicht im Stande, sie als Kollegen zu achten. Galtliche Oldenburger haben auf Neu-Zemmer einen Neubau angefangen. Vorigen Montag, den 12. August, haben sie sich Vorwärts geben lassen und sind auf Zimmerdiebstählen verschwunden. Auch ein scharfer Zugl. Gutes Wasser auf die Wägen unserer Gegner! Wenn Großhändler die Arbeitsbedingungen auf dem platten Lande verschlechtern, so ist dies scharf zu rügen, denn die sind ohnehin schon schlecht genug.

Ebingen. Am 21. August hielt der hiesige Zweigverein eine Maurer- und Gipserversammlung ab, die allerdings schlecht besucht war. Als Referent war Bezirksleiter Otto Siehle aus Singen anwesend. Er schloß in trefflichen Worten die Entscheidung der Organisation und führte des weiteren aus, daß es in der heutigen Zeit unumwunden notwendig sei, die Organisation nach allen Richtungen hin zu fördern, um die durch die Zollpolitik bedingte Lebenshaltung der Arbeiter wieder zu heben. Deshalb habe der Hauptvorstand nach reiflicher Überlegung den Extrabeitrag ausgeschrieben. Davor solle kein Kollege zurückschrecken, sondern durch seinen Opfersinn befehlen, daß es ihm ernst um unsere Bewegung ist. Redner forderte dann die Kollegen noch auf, fest zur Organisation zu halten, denn nur durch sie sei es möglich, unsere Lebenslage zu verbessern. In „Verschiedenes“ erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, das, was der Referent gebrochen hatte, zu beherzigen und das Fachorgan besser zu lesen, dann wurde auch das Solidaritätsgefühl unter den Kollegen besser werden. In seinem Schlusswort ging Kollege Siehle nochmals auf die Extrabeiträge ein und fand damit allgemeinen Anfechtung. Die Kollegen wünschten, daß er noch öfter in Ebingen referieren möge.

Bayreuth in Schl. Am 13. August hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal und vom Streik; 2. Unsere Extrabeiträge; 3. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung kritisierte der erste Vorsitzende den schwachen Verlauf der einmündigen Kollegen. Die Abrechnung vom Quartal und vom Streik wurde vom Kassierer, Kollegen Dietrich, vorgelesen und vom Vorsitzenden und von dem anwesenden Revisor bestätigt. Über die Extrabeiträge entspann sich eine lebhafte Debatte. Nachdem der Vorsitzende jedoch in sachlicher Weise Gründe vorgebracht hatte, die zu ihrer Ausdehnung führen und die Agitationsversammlung und die angemessene Resolution vom Herbst vor Augen führte, schloß die Stimmung um. Ferner erinnerte der Vorsitzende daran, daß jeder Kollege seiner Mitgliedschaft verhaftet gebe, wenn er sich weigere, die Extrabeiträge zu zahlen. Unter „Verschiedenes“ erwähnte der Vorsitzende die fremden Kollegen, sich doch am Bodenständig wieder von Bayreuth zu trennen, da die Arbeit rapide abnehme und verheiratete Kollegen schon gezwungen wären, auf den Pfahler zu liegen oder in die Fremde zu gehen, und da sie doch informiert wären, daß wir schon vier Wochen untreuepflicht auf dem Pfahler gelegen hätten. Auch die Unternehmern wollen die selbige „Saugartenzug“ dazu gebrauchen, uns auszuweichen. Einer erklärte am Beispiel, er wolle sich der Bayreuther Maurer entziehen, und der andere erklärte einem Kollegen gegenüber, Fremde stelle er ein, oder Bayreuther nicht. Auch wurde über das Vorkommen wieder, wie in jeder Versammlung, Klage geführt. Es wurde jedoch der Kollegen besonders befragt, daß wir von Götting und Breslau richtig überwacht werden. Hier nutzte kein Versammlungsbeschluss über Verbot der Affordarbeit. Es wurde darum angeregt, den Versammlungsbericht im „Grundstein“ zu veröffentlichen, vielleicht würde dann der Bezug von Bayreuth ferngehalten. Zum Schluss wies der Vorsitzende auf den schlechten Verlauf des Gewerkschaftsfestes hin (von der Stadt waren fünf bis sechs Kollegen erschienen) und machte darauf aufmerksam, daß der Saal der „Hoffnung“ trotz der Schwierigkeiten, die der Wirt mit der Polizei hatte, uns während der ganzen Reichstagswahlperiode, während unseres

Streiks zur Verfügung stand und auch jetzt noch zur Verfügung steht.

Königs i. Westph. Am 18. August tagte hier eine nur mäßig besuchte Mitgliederversammlung. Obwohl die Tagesordnung sehr wichtig war und die Vertreter des „Grundstein“ jedem Kollegen die Wichtigkeit der Tagesordnung mitteilen konnten, waren viele Kollegen nicht erschienen. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurden Ergänzungswahlen zum Vorstand vorgenommen. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Kollege Franz Kemmer gewählt, zum ersten Kassierer der frühere Kassierer, Kollege Albert Jechte, wiedergewählt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde der Kollege Adam aus Danzig einen Vortrag, der großen Beifall fand. Die Einführung des Bandelgeleitens wurde ins Auge gefaßt. Mit der Erhebung des Extrabeitrages waren alle Kollegen einverstanden. In „Verschiedenes“ wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt, darauf wurde die Versammlung mit dem Wunsch, daß die nächste besser besucht sein möge, mit einem dreifachen Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Laucha. Unser Ort dürfte wohl mit Recht das Schmerzenskind unserer Gasse, in das ganze Reich sein. Wenn wir uns einmal der Augen führen, was für Schicksale hier noch geschehen, so möchte man fragen: Ist es möglich, daß auch nur ein einziger unserer Kollegen sich mit einem derartigen Hungerlohn zufrieden geben kann? Es ist Tatsache, daß hier noch Klassenlöhne von 24 bis 21 A bei elfstündiger Arbeitszeit gezahlt werden. Manche wird sich fragen, wie kann ein Familienvater mit vier oder fünf Kindern mit einem solchen Lohn überhaupt noch existieren? Dazu kommt noch, daß die Regierung uns mit ihr die Mehrheitsparteien des Reichstages fortgesetzt daran hindert, immer mehr indirekte Steuern auf Lebens- und Nahrungsmittel, die ja am allermeisten von der breiten Masse des Volkes konsumiert werden, zu legen, und die Mietspreise fortgesetzt im Steigen begriffen sind. Es ist nur zu verwundern, daß die Kollegen sich noch länger mit solch erbärmlichem Lohn einverstanden erklären. Außerdem haben sie aber mit einer übermäßig langen Arbeitszeit zu rechnen. Es ist oben schon angeführt worden, daß die Arbeitszeit eine elfstündige ist, aber wenn man sich die Sache etwas näher betrachtet, so beträgt die Arbeitszeit nicht weniger als 13 Stunden. Wenn die Kollegen schon vor ihrer Arbeit einen Weg von einer bis anderthalb Stunden zurückgelegt und des Abends erst um 8 Uhr nach Hause kommen, so dürfte dies wohl bemessen sein. Und nun die Verhältnisse bei der Arbeit! Eine Baubude, die Schutz bietet gegen Witterungseinflüsse und Diebstahl, ist nicht vorhanden; ebensowenig ein Abort, der geschleichen und sanitären Vorrichtungen genügt. Der Arbeiter ist einfach gezwungen, sein bißchen Brot unter freiem Himmel zu verzehren. Diese aller Menschlichkeit hohen vorhandenen Mängel zu beseitigen, muß Aufgabe der Kollegen sein. Wenn viele unserer Kollegen behaupten, wir wären dazu nicht in der Lage, so ist ihnen entgegenzusetzen, daß wir wohl dazu in der Lage sind. Einzelne allerdings können wir nicht erzielen, nur geschlossen können wir vorgehen. Darum hinein in den Zentralverband der Maurer, nur dann können wir den Unternehmern zeigen, daß wir nicht gewillt sind, noch länger für diese Hungerlöhne zu arbeiten. Die organisierten Kollegen haben für die Ausbreitung der Organisation ganz energiegelbe Sorge zu tragen und nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Maurer von Laucha in unseren Reihen steht. Wenn jeder im Jahre nur einen Unterschied zur Organisation heranzieht, so dürfte das die Geschlossenheit aller Kollegen erreichen. Vor allen Dingen müssen aber die Versammlungen gut besucht werden, wenn etwas erreicht werden soll. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß eine unserer nächsten Versammlungen sich auf die Lohnfrage beschäftigen wird; wir erfordern die Kollegen, in dieser Versammlung, die noch extra bekannt gegeben wird, Mann für Mann zu erscheinen.

Reichau. Am 17. August hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab, die halbwegs gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Eyold, hielt zunächst ein Referat über die Extrabeiträge. In der Diskussion äußerten sich einige Kollegen dahin, daß die Extrabeiträge von zehn Wochen etwas zu kurz sei. Kollege Eyold erwiderte, daß es unmöglich sei, diese noch weiter hinauszuschieben, da es den Kollegen im Spätherbst, bei kürzerer Arbeitszeit, erst recht nicht gut möglich sein würde, die Beiträge auszubringen. Schließlich wurde die Erhebung der Extrabeiträge gut geheißen, auch mit der Erhebungsfrist war die Versammlung einverstanden. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, am 21. August auf den Bauten eine allgemeine Mitgliederkontrolle vorzunehmen. Dem Kollegen Eyold wurde die Sammelkarte des Kolporteurs in Starfberg geteilt. Falls es nicht besser werde, solle ein anderer Kollege damit beauftragt werden. Über Mißstände und die Behandlung der Kollegen in dem Baugewerbe von Quet & Wöhrer in Rostock entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. Es handelt sich hauptsächlich um die Entlassung des Kollegen Nikolaus. Kollege Eyold war der Ansicht, daß die Entlassung Nikolaus wegen persönlicher Neiberei mit dem Polier Rimey erfolgt sei. Kollege Eyold glaubte jedoch, daß hier eine Maßregelung vorliege. Ueberhaupt sei in diesem Geschäft sehr vieles nicht schön, besonders sei die Behandlung unserer Kollegen nicht allzu gut. Schimpflieder wie „dummes Schwein“, „Mundvieh“ und dergleichen wären keine Seltenheit. Auch bei der Bautenkontrolle habe es in diesem Geschäft sehr traurig ausgesehen. Kollegen, die an der Spitze des Verbandes stehen, würden in diesem Geschäft überhaupt nicht eingekehrt. Es wäre Sache der Kollegen, diesen Mißständen einmal abzuwehren.

Zweite internationale Maurerkonferenz.

II.

Aus den Berichten, die am ersten Verhandlungstage erstattet wurden, tragen wir zunächst noch die über den Stand der Bewegung in Schweden und Norwegen nach.

Aus Schweden erstattet Nils Persson-Malmö, Bericht. Der schwedische Verband wurde am 14. Dezember 1890 gegründet, damals vorwiegend aus südschwedischen Fachvereinen zusammengesetzt, von denen der älteste, der Fachverein in Malmö, in diesem Jahre sein 25jähriges Jubiläum feiern konnte. Die Zahl der in Schweden beschäftigten Maurer beträgt zirka 6000, wozu noch 600 Lehrlinge kommen, die ebenfalls vom Verbandsverband organisiert werden. Die Zahl der

Mitglieder des Verbandes beträgt 5150, wovon 4450 voll-zahlende Mitglieder sind. Der Verbandsbeitrag pro Monat schwankt zwischen Kr. 1 und Kr. 1,50, wovon 70 Oere an die Verbandskasse abzuführen sind. Hierzu kommen die Beiträge für die Sterbekasse (Kr. 2 pro Jahr) und die nach Bedarf zu erhebenden Beiträge für die Kämpfe der Landesorganisation angeschlossenen Gewerkschaften. Im Jahre 1905 betrugen diese Kampfbeiträge allein pro Mitglied M. 55. Durch seine Mitgliedschaft in der Landesorganisation der Gewerkschaften ist aber der Verband gegen alle finanziellen Schwierigkeiten bei entstehenden Kämpfen gesichert. Der Arbeitslohn beträgt in Stockholm und Nordschweden 65 bis 70 Oere pro Stunde und in Südschweden 50 bis 55 Oere. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt pro Tag 10 Stunden, Sonnabends 8 Stunden. Die Akkordarbeit ist üblich, ist aber in allen Fällen durch korporative Arbeitsverträge geregelt, so dass die in anderen Ländern bekannten Missstände dieses Lohnsystems nach Möglichkeit beseitigt sind.

Sverre Iversen-Christiana erstattete Bericht über den Stand der Organisation in Norwegen. Der Verband ist erst 1900 gegründet, umfasst aber bereits 85 pZt. der in Norwegen beschäftigten Maurer. Der Beitrag beträgt in 30 Wochen 85 Oere, in 22 Wochen 10 Oere pro Woche, wozu die Beiträge für die gewerkschaftliche Landesorganisation kommen, die ähnlich wie in Schweden erhoben werden. Bei Invalidität oder in Sterbefällen zahlt die Organisation eine Beihilfe, die 50 Oere pro Mitglied entspricht und zur Zeit dem Mitgliederstande des vorigen Jahres entsprechend zirka Kr. 300 beträgt. An Streikunterstützung zahlt der Verband pro Woche Kr. 8 bis 12. Eine grosse Zahl von Lohnkämpfen sind in den letzten Jahren vom Verband geführt worden, die alle im wesentlichen mit guten Erfolgen beendet werden konnten. Der tarifmässige Lohn beträgt 50 bis 65 Oere pro Stunde. Sowohl der Lohn, die Arbeitszeit als das Lehrlingswesen etc. sind überall durch Tarifverträge geregelt.

Die Verhandlungen des zweiten Tages begannen mit der Entgegennahme der Berichte aus Nordamerika und Finnland.

Von Amerika war Morris Hillquit, der bekannte Geschichtsschreiber der Partei, von der Maurer-Union XI in New-York mit der Vertretung beauftragt. Diese Union ist eine Zweigorganisation des allgemeinen nationalen Verbandes; sie besteht aus Deutschen. Der Verband selbst ist 1866 gegründet, ist also schon über 40 Jahre alt. Ihm gehörten in vorigen Jahre 61 920 Maurer an, die sich auf etwa 900 Zweigvereine verteilen. Jedoch sind dies nur Brilquit, d. h. Maurer; Steinmaurer, Stukkatoren usw. sind in diese Zahl nicht mit einbezogen. Jeder Zweigverein setzt das Eintrittsgeld selbst fest, es darf aber nicht unter 40 und nicht über 100 Cents betragen. Alle Angelegenheiten, besonders auch die Unterstützungen, werden von den Zweigvereinen geregelt. Hauptverband zahlt lediglich Streikunterstützung, allerdings nur für die von ihm genehmigten Streiks. Die Löhne sind in den letzten Jahren infolge des kolossalen Aufschwungs im Baugewerbe sehr in die Höhe gegangen; die Arbeitszeit beträgt im allgemeinen 8, an manchen Orten noch 9 Stunden. In New-York könnten die Maurer ohne weiteres den Achtstundentag erreichen, aber sie wollen das nicht, weil sich dann ihr Einkommen verringern würde, denn eine gleichzeitige Herabsetzung der Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung ist noch nicht möglich. Der Stundenlohn beträgt durchschnittlich M. 2,20, er schwankt zwischen M. 1,80 und M. 3. Allerdings ist die Kaufkraft des Geldes in Amerika bedeutend geringer als bei uns. Fast alle Maurer sind in diesem Verband organisiert, der infolgedessen ziemlich den Markt beherrscht. Deutsche Maurer, die nach Amerika kommen, sind noch nie Streikbrecher gewesen, sie organisieren sich gewöhnlich sofort nach ihrer Ankunft. Die italienischen Arbeiter sind schwerer zu organisieren, aber sie haben sich dennoch im Verlauf der letzten Jahre in grosser Zahl der Organisation angeschlossen. Die Union XI wünscht eine engere Fühlung mit der internationalen Maurerbewegung. Hoffentlich gelingt es, auch den amerikanischen Verband zum Anschluss an die Internationale zu bewegen.

In Finnland sind, wie aus den Mitteilungen des Kollegen Valpas hervorgeht, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Maurerorganisationen noch jungen Datums; die gewerkschaftliche Bewegung ist dort infolge der politischen Verhältnisse relativ schlechter als die politische. Die Statuten des Verbandes wurden erst im Jahre 1905 bestätigt, bis dahin hatte der Senat ihre Bestätigung regelmässig versagt. Es bestanden im Jahre 1906 bereits 21 lokale Organisationen, die insgesamt nur M. 16 000 Jahreseinnahme hatten. Unterstützungsleistungen gibt es nur wenig. Durch fortgesetzte Kämpfe sind bereits wesentliche Lohnerhöhungen erzielt worden.

Hierauf begann die Konferenz die Beratung des vom Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands vorgelegten Entwurfs eines internationalen Kartellvertrages der Maurer- und Bauhilfsarbeiterorganisationen.

In der Debatte wurde von allen Rednern die Notwendigkeit der Anknüpfung bzw. Befestigung internationaler Beziehungen betont. Nur über Einzelheiten gingen die Anschauungen auseinander. So machte u. a. Bömelburg Bedenken gegen die Errichtung eines internationalen Sekretariats geltend. Die Erfahrung hat gelehrt, dass man eines so umfänglichen Apparates gar nicht bedürfe; der deutsche Verband habe es schon bisher als seine Pflicht betrachtet, die Agitation in den Grenzländern zu fördern, ohne viel Redens davon zu machen, und das werde auch in Zukunft geschehen. Man dürfe auch nicht vergessen, dass die Tätigkeit des internationalen Sekretariats bestimmte Grenzen hat, über die man nicht hinauskommen könne. Sollten aber die anderen Länder solche Dekoration für nötig halten, so würden die Deutschen keine Spielverderber

sein, sondern dem Antrag auf Errichtung eines internationalen Sekretariats zustimmen.

Die Vertreter der skandinavischen Organisation erklärten; dass ihnen an der formellen Errichtung eines Sekretariats nichts gelegen sei, wohl aber liege ihnen daran, dass der deutsche Verbandsvorstand gewissermassen die Vermittlungsinstanz bildet. In ähnlichem Sinne äusserte sich der Delegierte Italiens. Dagegen sprachen sich die österreichischen, schweizer, russisch-polnischen, holländischen und belgischen Vertreter und ganz besonders Hillquit aus New-York für die Errichtung eines internationalen Sekretariats aus.

Gegen den Vertragsentwurf selbst wurden wesentliche Einwände nicht erhoben. Auf Vorschlag der Oesterreicher wurde beschlossen, dass vorausgezählte Beiträge im Ausland im Gebiet des Arbeitsortes keine Geltung haben. Man will dadurch dem Unfug entgegen-treten, dass Maurer, die aus Ländern mit niedrigen Beiträgen in Länder mit hohen Beiträgen kommen, sich von der Zahlung der höheren Beiträge zu drücken suchen dadurch, dass sie für längere Zeit im voraus die niedrigen Marken kleben. Weiter erklärten die skandinavischen Genossen, dass sie sich von der auf Gegenseitigkeit beruhenden Reiseunterstützung ausschliessen müssten. Die Konferenz war hiermit einverstanden.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages auf Errichtung eines internationalen Sekretariats. Zum internationalen Sekretär wurde Bömelburg in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands gewählt.

Dem Vertrag selbst, mit dessen genauer Formulierung das Bureau unter Hinzuziehung von Paepfow betraut wurde, stimmten die Vertreter aller Länder des Festlandes zu, einige nur für ihre Person, da sie erst die Genehmigung ihrer Organisation einholen müssen.

Ebenso herrschte Einverständnis über die Schaffung einer internationalen Mitgliederlegitimation. Es sollen einheitliche Mitgliedsbücher hergestellt werden, doch besteht kein Zwang für die einzelnen Länder, sich dem anzuschliessen. Das Mitgliedsbuch soll am 1. Januar 1910 zur Einführung kommen.

In einer besonderen Sitzung, die am 19. August Abends stattfand, wurden sodann die Vertragsbestimmungen in folgender Form angenommen.

Beschlüsse der internationalen Konferenz der Maurer- und Bauhilfsarbeiter-Organisationen zu Stuttgart im Jahre 1907.

a) Erneuerung und Ausdehnung des Gegenseitigkeitsverhältnisses sowie internationalen Sekretariat.

Die zweite internationale Konferenz erneuert das auf der ersten Konferenz beschlossene Gegenseitigkeitsverhältnis und lehnt es aus auf die getrennt von den Maurerorganisationen bestehenden Organisationen der Bauhilfsarbeiter.

Die Konferenz beschliesst ferner die Errichtung eines internationalen Sekretariats zu dem Zweck, die beschlossene Gegenseitigkeit aufrecht zu erhalten und die internationale Solidarität zu fördern.

Das Sekretariat hat seinen Sitz in Deutschland; als Sekretär fungiert der erste Vorsitzende des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

b) Internationaler Kartellvertrag der Maurer- und Bauhilfsarbeiter-Organisationen.

§ 1. An dem Vertrage können sich beteiligen die zentralen Organisationen der Maurer- und Bauhilfsarbeiter in den europäischen Ländern. Für jedes Land bzw. für mehrere Länder, die einer einheitlichen Reichsgesetzgebung unterstehen, wird aber nur eine Organisation, und wenn die Bauhilfsarbeiter getrennt von den Maurern organisiert sind, von jeder Berufsgruppe nur eine Organisation anerkannt.

§ 2. Jeder Verband hat nur Geltung im Gebiet seines Landes resp. Reiches, und die Arbeiter der in Frage kommenden Berufsgruppen (Maurer, Putzer, Zementierer, Plattenleger etc. und deren Hilfsarbeiter) dürfen nur dem Verband angehören, in dessen Gebiet sie in Arbeit stehen und der für sie nach ihrem Beruf in Betracht kommt.

Ausgenommen bleiben solche Arbeiter, die in einem Grenzorte des Nachbarlandes beschäftigt sind und jeden Abend in den Heimatsort zurückkehren.

§ 3. Die Mitglieder haben ein Recht auf Zulassung zu allen an diesem Vertrage beteiligten Verbänden; in Dänemark, Schweden und Norwegen jedoch nur dann, wenn der Nachweis von der Erlernung des Maurerhandwerks erbracht wird.*

§ 4. Im Verkehr von einem Lande zum anderen hat vor der Abreise die Abmeldung und bei Ankunft in einem anderen Verbandsgebiet die Anmeldung bei dem Zweigverein des Arbeitsortes zu erfolgen. Die Beiträge sind vor der Abreise bis zum Tage der Abreise zu entrichten.

Die in einem Verbandsgebiet im voraus bezahlten Beiträge haben keine Gültigkeit im Gebiet eines anderen Verbandes.

§ 5. Der Uebertritt von einem Verbandsgebiet zum anderen ist kostenlos; eine Unterbrechung der Beitragszahlung darf aber nicht eintreten, d. h. die Beiträge sind nach dem Uebertritt anschliessend an die letzten Beitragsleistungen zu entrichten.

§ 6. Den Mitgliedern wird ihre gesamte, aber nur ununterbrochene Mitgliedschaft — gleichviel in welchem Verbandsgebiet — angerechnet.

§ 7. Die Reiseunterstützung während der Monate Dezember, Januar, Februar und März beruht in allen beteiligten Verbänden, mit Ausnahme der Verbände in Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland und Russisch Polen, auf Gegenseitigkeit.

* Als Ausweis genügt ein Lehrbrief oder ein von dem Zentralvorstand einer der beteiligten Verbände ausgestelltes Qualifikationszeugnis.

Zum Empfang der Unterstützung berechtigt sind solche Mitglieder, die mindestens ein Jahr ununterbrochen organisiert sind und sich im Besitz der für den Unterstützungsbezug massgebenden Legitimation befinden. Die Legitimation wird einheitlich gestaltet und nur von dem Zentralvorstand des Verbandes ausgestellt, in dessen Bereich das Mitglied seine letzten Beiträge zahlte. Innerhalb der Unterstützungsfrist dürfen in allen Organisationen zusammen nicht mehr als vierzig Unterstützungen ausbezahlt werden.

§ 8. Sonstige Unterstützungen, für deren Gewährung die Statuten der einzelnen Verbände massgebend sind, zahlt jeder Verband nur innerhalb seines Gebietes; Ausnahmen sind zulässig bei Unterstützung im Sterbefalle, die auch nach dem Auslande gesandt werden kann.

§ 9. Sind an Streiks in den Grenzorten (§ 2 Abs. 2) Mitglieder mehrerer Verbände beteiligt, dann unterstützt jeder Verband seine eigenen Mitglieder. Für die an solchen Streiks beteiligten Nichtmitglieder hat derjenige Verband aufzukommen, in dessen Gebiet der Streikort liegt.

§ 10. Die koalitierten Verbände unterstützen sich gegenseitig in der Agitation, besonders in den Grenzgebieten. Die Art der gegenseitigen Hilfe unterliegt der besonderen Vereinbarung zwischen den für die Grenzagitiation in Frage kommenden Verbänden.

§ 11. Jeder Verband ist verpflichtet — in der Regel auf seine Kosten — dafür Sorge zu tragen, dass aus seinem Gebiete keine Streikbrecher nach einem Streikorte eines anderen Landes wandern.

§ 12. Die zur Führung von Streiks erforderlichen Mittel hat jeder Verband selbst aufzubringen. In ganz ausserordentlichen Fällen, besonders bei umfangreichen Aussperrungen, ist es aber gestattet, auch die Hilfe der anderen Verbände anzurufen. Die Art und Höhe der Unterstützung unterliegt der Entschliessung der einzelnen Verbände.

Anträge auf Unterstützung sind nur den Zentralvorständen durch Vermittlung des internationalen Sekretariats zu unterbreiten.

§ 13. Die Organisationen tauschen gegenseitig ihre Drucksachen aus (Fachzeitschriften, Adressenverzeichnisse, Protokolle und sonstige Mitteilungen); die hierzu enthaltenen Anregungen, soweit sie das internationale Verhältnis betreffen, sind durch die Fachpresse der einzelnen Länder zu verbreiten. Mitteilungen, die einer besonders schleunigen Erledigung bedürfen (Mitteilung der Streikorte über drohenden Zuzug usw.) sollen nach Möglichkeit in der Sprache desjenigen Landes abgefasst sein, an das sie gerichtet sind.

§ 14. Verbindungsorgan ist „Der Grundstein“, Fachorgan des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

§ 15. Internationale Konferenzen sollen in Zukunft in der Regel in Verbindung mit den internationalen sozialistischen Arbeiterkongressen stattfinden.

§ 16. Dieser Vertrag ist den Mitgliedern durch Befügung zum Statut zur Kenntnis zu geben und hat Gültigkeit vom 1. Januar 1908 bis zu dem Zeitpunkt, den die nächste Konferenz bestimmt.

c) Mitgliederlegitimation.

Die Konferenz empfiehlt den beteiligten Verbänden die Einführung einheitlich eingerichteter Mitgliederlegitimationen, die für die Mitglieder auch im Verkehr mit dem Auslande Gültigkeit haben.

Die Beteiligung an dieser Einrichtung bleibt jedoch der besonderen Beschlussfassung der einzelnen Verbände vorbehalten.

Die Einführung der einheitlichen Legitimationen erfolgt am 1. Januar 1910 für alle Verbände, die bis zum 1. März 1909 erklärt haben, sich an der Einrichtung zu beteiligen.

Jeder Verband hat die für seinen eigenen Bedarf erforderlichen Exemplare der Legitimation selbst zu beschaffen. Die Herstellung erfolgt nach dem gemeinschaftlich vereinbarten Muster und in der für den einzelnen Verband in Frage kommenden Landessprache resp. Landessprachen.

Vor der Drucklegung sind die Entwürfe dem internationalen Sekretär zur Begutachtung vorzulegen.

Für die Legitimation selbst gilt folgendes:

1. Bei der Aufnahme erhalten die Mitglieder eine Interimskarte ausgestellt, die zur Beitragsquittung auf zwei Jahre einzuzureichen ist. Die Karte gilt vom Tage der Aufnahme bis zum Schluss des (dem Aufnahmejahr) folgenden Jahres. Nach Ablauf dieser Frist wird die Karte durch eine Mitgliedskarte ersetzt.

2. Mitgliedskarte und Mitgliedsbuch sind mit einer Zentralnummer zu versehen. Jeder Verband führt die Nummer von 1 an und setzt der Nummer als Unterscheidungsmerkmal den Anfangsbuchstaben des Landesnamens voraus. Die Zentralnummer bleibt unverändert während der Gültigkeitsdauer der Legitimation und auch beim Uebertritt von einem Verband zum anderen.

3. Die Mitgliedsbücher werden eingerichtet zur Quittierung der Beiträge für 40 Wochen im Jahr und für die Dauer von zehn Jahren. In jedem Buch muss angegeben werden, für welche Verbände es Gültigkeit hat.

Damit waren die Geschäfte der Konferenz erledigt. Bömelburg schloss die Verhandlungen mit einem kurzen Rückblick und mit dem Wunsche, dass die Beschlüsse zum Wohle der engeren Berufskollegen und der all gemeinen Arbeiterbewegung ausschlagen mögen.

An die Konferenz schloss sich ein gemütliches Beisammensein, zu dem die deutschen Kollegen die ausländischen Gäste eingeladen hatten.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 18. bis 24. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Berlin M. 3000, Potsdam 600, Spandau 400, Wilmersdorf 300, Erfurt 200, Strausberg 200, Sehnitz 200, Neumünster 200,

Essen a. d. Ruhr 200, Dresden-Strießen 180, Rothemühl 150, Ruckelshaus 150, Ruckelshaus 140, Ruckelshaus 120, Wittenau 100, Jordan-Parabell 100, Frankfurt 100. Summa M. 6340.
Zusätzliche: Osnabrück 300, Köln a. Rh. 150, Rangenreier 150, Rinteln 100, Münster i. Westf. 100, Torgelow 60. Summa M. 860.

Mitton, den 24. August 1907.

Karl Heiß, Bauplatzleiter, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiter-Tätigkeit, Submissiven etc.

Kollegen! Unterläßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Ad Deynhausen. Am 21. August ereignete sich hier am Bau des königlichen Kirchhauses ein schwerer Unfall. Wie gewöhnlich schloß das Schutgerüst, und durch einen Fehltritt stürzte unter Kollege C. Schilling in einer Höhe von 6 Metern herunter. Er trug schwere Verletzungen im Rücken davon.

Berlin. Auf dem Neubau Lindenstraße 18/19 ereignete sich am 24. August ein schwerer Unfall, indem ein Schlosser aus der dritten Etage durch den Schacht, wo die Eichenbäume herausgezogen wurden, hinunterfiel. Unten fiel der Unglückliche auf einen gerade dort arbeitenden Zementtischler, wodurch die Wunde des Sturzes, nachdem er schon einmal aufgeschlagen war, bedeutend angeschwächt wurde. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Wenn die Schuld an dem Unfallfall beizumessen ist, konnte zur Zeit nicht festgestellt werden. Auf jeden Fall wäre der Unfall nicht geschehen, wenn der Schacht, nachdem das Eisen herausgezogen war, gleich zugedeckt worden wäre.

Wohum. Durch den Zusammenbruch der Eisenbetondecke beim Treppenaufbau ereignete sich am 24. August am Bau der Baumannhäuser im Stadtteil Ehrenfeld ein schwerer Unfall. Als die Maurer im Portikus mit dem Abtragen der vierten Etage beschäftigt waren, stürzte die 12 cm starke Unterlage von Eisenbetondecke plötzlich zusammen. Der Maurer S. Gerich wurde von einer etwa 100 kg schweren Etage getroffen und erlitt einen Beinbruch. Ein Arbeiter, der weiter zurück stand, kam mit dem bloßen Schrecken davon. S. wurde mittels Krankenwagen nach dem Spital gebracht.

Die Rodelte und Ränge der Treppenaufbauten werden in allen dem Baumannhäuser und Baureisen gebührenden Neubauten von Eisenbetondecke hergestellt. Die mangelhafte Ausführung — worauf nur auch dieser Unfall zurückzuführen ist — hat schwere Gefahren für die Bewohner im Gefolge. Wäre dieser Zusammenbruch z. B. statt im ersten, oben im vierten Stock passiert, ein Zusammenbruch des Hauses und eine Anzahl Toter wäre die logische Folge gewesen. Da die Veranlassung zum Untergang aber nur auf sich beruht und mit den Umfassungsmauern durch Stäbe verbunden ist, kann dann ein Zusammenbruch gar nicht ausbleiben. Uns scheint diese Konstruktion für solche schwere Treppen überhaupt zu schwach zu sein. Bei den technischen Fortschritten im Baugewerbe sind es recht oft die Bauteile, die durch den Verlust ihrer Glieder die Sache befehlen müssen. Bei der Verwendung des Eisenbetons, die ja immer größere Ausdehnung findet, ist alles andere, nur das Sparen an Material nicht angebracht. Eine genaue Beaufsichtigung jeder Arbeiter ist deshalb unbedingt notwendig. Die Einstürze in Essen usw. mögen hier als warnendes Beispiel dienen.

Coburg. Am 19. August ereignete sich ein Unfall an einem Umbau des Baunternimmers M. Noll in der Lohstraße. Am diesem Bau werden die Ziegelformen in einem Kasten mittels elektrischen Aufzugs in die Höhe befördert. Der Kollege August Noll wollte diesen Kasten etwas drehen, so daß derselbe durch die Öffnung auf das Gerüst gebracht werden konnte. In diesem Augenblick riß das Seil und der Kasten mit den Wassersteinen fiel in die Tiefe und riß den Kollegen Noll mit hinab, wobei er einen Beinbruch erlitt. Als unverantwortlich ist es zu betrachten, daß an dem Aufzug keinerlei Führung angebracht war, so daß sich der Kasten drehen konnte, wozu er wollte. Aber noch schlimmer ist es, daß das Tragseil schon seit einigen Tagen sehr defekt war. Die einzelnen Seile waren bis auf drei oder vier bereits gesprungen, aber trotzdem fiel es keinem ein, den Schaden auszubessern. Arbeiter-tätigkeit sind ja billiger!

Essen a. d. R. Am Dienstag, den 20. August, Vormittags 11 Uhr, stürzte hier am Westendmarkt eine einstöckige Wandmauer um und begrub den 37jährigen Maurer Jakob Wiedler (christlich) unter sich; Nachmittags 3 Uhr starb er an den erlittenen Verletzungen (innere Verletzung). Infolge des Unfalls hätte das Unglück vermieden werden können, wenn mit mehr Umsicht gearbeitet worden wäre. Nach der Hofstraße 30 ist die Baustelle. Hier wurde das Erdreich einen Meter tiefer ausgegraben als die Wandmauer war. Als man beim Abheben war, fiel die Wand um, und ein Arbeiter wurde weniger auf der Welt. Aber Kontrollen aus den Reihen der Arbeiter stellt man nicht an. Mögen die Bauarbeiter besser auf dem Posten sein! — Am Neubau des Unternimmers Samoil in der Fienbergstraße stürzte Mittwoch, den 21. August, Mittags 12 Uhr, unter Verbandskollege Maltzang so unglücklich ab, daß seine Überführung ins Krankenhaus notwendig wurde. M. war mit noch mehreren Kollegen mit dem Bogen der Hinterfront an demselben Neubau beschäftigt. Infolge des großen Mangels an Gerüstholz konnte der Verleger nicht vorrätigsmäßig hergestellt werden, er bestand aus zwei recht ungleichmäßig aufeinander gebundenen Balken. Beim Gerüstlegen machte M. einen Fehltritt und stürzte aus einer Höhe von 2 m rücklings herunter. Der hinzugerufene Arzt konnte, da anknappende schwere innere Verletzungen vorliegen, nichts genaues feststellen. Als Verleitetester die Unfallstelle in Augenschein nahm und mit einigen der anwesenden Maurer über die Ursache des Unfalls sprach, machten diese ihrem gepreßten Herzen in einer für Herrn Samoil, dem Zentrumsmitglied von Mühlheim, wenig schmeichlichen Weise Luft. „So muß es kommen, erst muß einer tot bleiben, erst wird es nicht anders“, meinte der eine und ein anderer gab seiner Meinung Ausdruck, indem er mit Bezug auf Herrn Samoil äußerte: „Wollen wir gesund und vor allen Dingen gesundem Gerüstholz haben, dann heißt es, es ist genug da; nehmen wir uns dann Zeit, vorrätigsmäßige Gerüste und Leitern herzustellen, dann werden wir angereichen oder einfach entlassen.“

Die Gefährdungsbrüche charakterisieren das in Essen übliche System. Leben und Gesundheit spielen für den Unternehmer in der Jagd auf Profit keine Rolle. In diesem Streben sind sich alle Unternehmer gleich. Ob nun der eine als Zentrums-mann bei gewissen Umständen ein „ordentliches“ Herz offenbart oder ob der andere als nationaler Schmarwaker ein ausgesprochenes Arbeiterfeind ist, kommt nicht dabei in Betracht. Profit ist das Ziel, geht auch der Weg über Leiden.

Kolberg. Am 23. August ereignete sich am Bau eines Eisenbahnmaschinenhauses ein schwerer Unfallfall. Es verunglückten ein Maurer und zwei Arbeiter. Als drei wurden in das tiefe Krankenhaus geschafft, die beiden Arbeiter wurden sehr schwer verletzt, während der Maurer besser davon kam. Nach den hiesigen Zeitungsberichten liegt der eine Arbeiter noch ohne Bewußtsein, überhaupt wird an seinem Aufkommen gezweifelt. Schuld an dem Unfall hat das schlechte Gerüst. Die Arbeiter standen 4,50 bis 4,70 m aus einander, die Streichlänge soll auch sehr schwach gewesen sein. Das Gerüst war benutzt worden zum Wannen eines Kanals, der aus zwei 12 cm starken Wänden bestand, die oben überwölbt wurden. Das Unglück ist nun wohl dadurch entstanden, daß sich durch das Schwinden des Gerüsts, weil die Träger fortwährend höher wurden, das Mauerwerk löste und alles mit in die Tiefe riss. Außerdem wird die Abbildung mit geschoben haben, denn sie war überhaupt nicht mit verankert. Die Gerüste sollen allgemein in einem solchen Zustand gewesen sein; die Arbeiter haben sich mehrmals gewarnt, sie zu benutzen. Sie befanden darauf vom Polier die Antwort: „Was versteht ihr davon, ich muß das besser wissen!“ Lieber hat der Kontrollleur der Baugewerks-Verunglückten die Gerüste für gut befunden (1). Wenn werden die Herren nicht-organisierten Poliere mal zur Einsicht kommen, daß sie die guten Nachschäfer der organisierten Bauarbeiter-Gesellschaft befolgen; Zeit wird es!

Reichenbach i. Schl. Am 19. August verunglückte auf dem Umbau des Hofhauses der Firma Weg & Kallau der Maurerlehrling Dorn aus Reichenbach. Dorn war auf dem Dach des Seitenganges mit Putzwerk beschäftigt, wo mehrere mit Dachlag bedeckte, circa 15 m hohe Dächer vorhanden sind. Infolge eines Fehltrittes stürzte Dorn in einen solchen Schacht. Er fiel auf eine 2 m tiefer liegende, in Betrieb befindliche Wellenleitung zwischen zwei Antiebschrauben. So ist er ohne größeren Schaden davongelommen. Eine Schuld trifft den Polier nicht.

Stendal. Am 19. August fiel unser Kollege Wilhelm Heyne in der Höhe von circa 4 m vom Gerüst. Der Reizel war zu kurz und rutschte dem Arbeiter ab. Der Kollege hatte noch ledig Glatz dabei, denn er erlitt keine besonders schweren Verletzungen.

* Aus dem Geschäftsbericht der „Nordböllchen“. Der „Nordböllchen“ ist in der Lage, einen Auszug aus dem Bericht der nordböllchen Baugewerks-Verunglückten für das Jahr 1906 zu bringen. Danach waren in allen fünf Sektionen (1. Berlin, 2. Brandenburg, 3. Pommern, 4. Westpreußen, 5. Ostpreußen) 22977 Betriebe mit 264.145 Personen beschäftigt. Ingesamt sind bei der „Nordböllchen“ 12.706 Unfälle gemeldet. Von diesen waren 1973 einschlägig, d. h. nach Abschluss des Selbstversuchens nach der 13. Woche bestanden noch erhebliche Folgen. Verursacht wurden: An Unfallschaden M. 3.436 4/5, 90; für das Selbstversuchen innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall, M. 21.846,68; an Verwaltungskosten, einschließlich Unfallunterstützungskosten usw., M. 875.983,38; an Verwaltungen, Tagelöhnen an die Mitglieder des Genossenschaftsverbandes M. 12.231,33 und für die Lebensversicherung der Mitglieder M. 14.055,71. Demnach bezogen etwa ein Dutzend Vorstandsmitglieder für ihre ehrenamtliche Tätigkeit an Einnahmen, als zweites Lebensversicherung der Betriebe zur Verhütung von Unfällen für Vorkaufende von Arbeitszeugnissen wurde. Pro Betrieb hat die „Nordböllchen“ für die Lebensversicherung ganze 61/4 oder pro Kopf der Versicherten = 7/4 ausgegeben. — Das ist eine lächerlich geringe Summe. Bedenkt man, daß der „Betrieb“ im Baugewerbe wieder in mehrere, oft sehr viele „Arbeitsstellen“ zerfällt, dann können noch nicht einmal 67/4 für die Lebensversicherung und die Unfallversicherung gerechnet werden. Leider schneidet sich der Bericht über diese so wichtige Materie vollständig aus. Nicht einmal die Anzahl der Aufsichtsberechtigten ist angegeben. Die Sektion I zählte im Berichtsjahre 7037 Betriebe mit 116.655 versicherten Personen; 390 Betriebe mit 8057 Personen mehr als im Jahre 1905.

Am Unfalltagung hatte die Sektion I M. 1.615.150,24 zu zahlen, und zwar für das Selbstversuchen innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall M. 19.137,68, an Rente für die Versicherten M. 1.041.780,81, an Rente für Witwen M. 193.276,97, an Kinder und Enkel Versorbener M. 138.630,02 und an Sterbegeldern M. 8253,08; für die Lebensversicherung der Betriebe, einschließlich Führung des Bauregisters durch „technische“ Aufsichtsberechtigten, M. 9740,50, an Unfallunterstützungskosten usw. M. 48.628,46. Unter letzterem Titel figuriert eine Position für einen „Außenbeamten“, für „Ermittlungen“ und „Beobachtungen“, M. 2275,25; an Reisekosten, Tagelöhnen, Erloßbarer Ausgaben usw. an die Vorstandsmitglieder wurden M. 4575,70 ausgegeben. Für die Feststellung der „Entschädigungen“ durch die Rentenkommission sind M. 2630 aufgewendet.

Ingesamt wurden bei der Sektion I der „Nordböllchen“ im Berichtsjahre 7356 Unfälle gegen 7064 im Jahre 1905 gemeldet; darunter 707 einschlägig, d. h. nach Abschluss des Selbstversuchens noch erhebliche Folgen. Ingesamt sind 13.611 Unfälle gemeldet. Von diesen waren 68 (68 im Berichtsjahre) zu verzeichnen. Trotz der oben angeführten Ziffern, die die Steigerung der Unfälle klar nachweisen, kommt der Vorstand der Sektion I dennoch zu dem Ergebnis, daß die Zahl der schweren Unfälle abgenommen habe. Wenn von einer kaum erwahrscheinlichen relativen Abnahme der Unfälle gesprochen werden kann, dann ist das den Organisation der Baugewerkschaften Arbeiter zugerechnet.

Dank der Weisung und Auffklärung der Arbeiter durch die Verbände, der Aufdeckung der auf den Baustellen herrschenden furchtbaren Zustände durch die Baukontrolle der Arbeiter werden die Unternehmer gezwungen, den gesetzlichen Arbeiter-Gesetzbestimmungen mehr als früher Rechnung zu tragen. In dem Bericht ist nicht einmal die Zahl der „technischen“ Aufsichtsberechtigten angegeben.

Die so vielgepriesene „günstige“ Stellung der „Nordböllchen“ in der sozialen Fürsorge für die Unfallverletzten wird recht groß durch die Art und Weise der Nachforschungsleistungen seitens der Versicherten gegen die Versicherten. Ingesamt erzielte die Sektion 3403 berufsständische Bescheide. Davon wurden durch Verfügungen bei den Schiedsgerichten 1949 angegriffen, aus dem Vorjahre wurden 154 unzulässige Verfügungen bezogen. Unzulässig übernommen. Die Unzulässigkeiten wurden bei den Schiedsgerichten in folgender Weise erledigt: 1354 Fälle = 64,39 pSt. wurden zu Gunsten der Berufsgenossenschaft entschieden, 497 Fälle = 23,63 pSt. zu Gunsten der Versicherten; 147 Fälle = 6,99 pSt. in anderer Weise erledigt und 105 Fälle = 4,99 pSt. sind unzulässig geblieben.

Die Schiedsgerichte haben durch die Entscheidungen zu Gunsten der Versicherten dem „System“ des „Rentenentzugs“ wenigstens teilweise Abbruch getan. In fast dem vierten Teil aller angegriffenen Bescheide mußte die „sozialer Fürsorge“ nur so treffende „Nordböllchen“ gezwungen werden, den Versicherten ihr Recht zu gewähren.

Nach froher tritt das „Wohlfühlen“ der „Nordböllchen“ bei den am Reichs-Versicherungsamt angehängten gemachten Besuchen Verfahren zu Tage. Gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte wurden von der Berufsgenossenschaft 308 und von den Versicherten 554 Reklusen eingelegt. Aus den Vorarbeiten kamen 318 unzulässige Sachen hinzu, so daß insgesamt 1180 Reklusen zu erledigen waren. Von den Reklusen wurden 217 für begründet erklärt. Davon entfielen auf die Berufsgenossenschaft 116 und auf die Versicherten 101; zurückgewiesen wurden 488 Reklusen, davon kamen auf die Berufsgenossenschaft 83 und auf die Versicherten 403; auf andere Weise erledigt wurden 27 Sachen, davon entfielen 13 auf die Versicherten; unzulässig blieben 182 Reklusen der Berufsgenossenschaft und 266 Reklusen der Versicherten. Von sämtlichen (732) erledigten Reklusen sind demnach 101 oder rund gerechnet 13,80 pSt. zu Gunsten der Versicherten entschieden.

Ehe die Versicherten endlich Ruhe um ihr Recht fanden, war noch ein monatlicher Prozeß vorzunehmen. Wenn dabei die Versicherten „neutralistisch“ oder „hyphetisch“ werden, dann sind es natürlich nicht die Unfallfolgen, durch die die Erwerbsunfähigkeit hervorgerufen ist, sondern dann ist es der „Kampf um die Rente“, den die Versicherten, getrieben von der „Sozial“, eine Rente zu erlangen, führen, um sich dem „föheren Nichts“ und einem „besaglichen Leben“ hingeben zu können.

* Lieber das Berliner Baugewerbe äußert sich ein Baunternnehmer in der „Deutschen Warte“. Wenn seine Einrichtungen auch keinen föheren Schutz auf die Entschädigung des Arbeitsmarktes zulassen, so sind sie doch insofern interessant, als sie das gemeinschaftliche Treiben der Bodenbesitzer schützen. Der Mann schreibt:

„Seit fast einem Jahre schon hat die Berliner Bauwirtschaft eine starke Einschränkung erfahren. Durch die Steigerung der Geldpreise ist es den Bauunternehmern nicht möglich oder wenigstens nur sehr schwer möglich, Baugelder und Hypotheken zu bekommen. Obgleich diese Schwierigkeiten schon so lange bekannt sind, ist doch bisher keine Verringerung eingetreten. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil so sehr verschärft, daß man für den Herbst die ärgsten Verhältnisse erwartet. Die Verhältnisse werden die letzten Jahre seit Jahrzehnten nicht dagewesen, und es herrscht darüber volle Einigkeit, daß die Zustände am Baumarkt unmittelbar vor einer Klärung stehen. Hierbei ist es von Wert, zwei Momente ins Auge zu fassen, von denen das eine geeignet ist, den Verlauf der Krise als weniger schwarz zu beurteilen, während das andere wiederum ein sehr bedenkliches Licht auf die Verhältnisse am Grundbaustadte wirft.“

Von beiderseits, die die Zukunft etwas hoffnungsfreudiger betrachten, wird darauf hingewiesen, daß die Berliner Großbanken im Gegensatz zu früheren Zeiten jetzt weniger gewaltigen Grundbaustadtekomplexe in der Peripherie Berlins finden, und daß sie darum ein Interesse daran haben, den Ausbruch einer scharfen Krise zu verhindern. Zunächst richtig ist, daß die Banken ihre Hand auf der größten Zeit der unbebauten Terrains gelegt haben, und dies ist ohne Zweifel insofern von Vorteil, als diese Institute nicht in die Lage kommen können, die Terrains à tout prix zu veräußern. Aber andererseits verdrängen doch auch die Banken nicht, alle Schäden zu verkleinern. Sie vermögen vor allem nicht denjenigen Bauunternehmern zu helfen, die aus Mangel an Vorwissen die Bautätigkeit einstellen müssen. Infolge dessen kann man gegenüber seiner Behauptung vielleicht gerade den Einwand machen, daß die Konzentration des Berliner Grundbaustadtebesitzes die Folge haben wird, diesen Konzentrationssproß noch erheblich zu vergrößern. Die Banken werden wohl an ihrem Verstand festhalten, aber sie werden, schon um sich ihre Terrains zu verbilligen, danach trachten, den in Schwierigkeit geratenen Baunternnehmern die noch nicht fertig gehaltenen Häuser abzugeben. Dieser sind größere Zahlungseinstellungen in der Baubranche allerdings noch nicht bekannt geworden, mit Ausnahme der der Holzfirma Gustav Cohn, die ebenfalls hierzu zu rechnen ist. Aber schon diese Zahlungsschwierigkeit hat die Zustände in einem sehr ungünstigen Licht geigt. Vier weitere Berliner Holzfirmen müssen ihre Zahlungen stilllegen, und im Zusammenhang damit auch eine Anzahl anderer Baunternnehmer, von denen die Schwierigkeiten des Warenkaufes Fr. Pfingst u. Co. die größte Bedeutung haben.

Wichtiger scheint uns der zweite Gesichtspunkt zu sein. Es werden nämlich augenblicklich in Berliner Baustreifen geradezu die ungläublichsten Dinge erzählt über die Art und Weise, wie Bau- und Hypothekendarlehen verteilt werden. Schon bei der Zahlungseinstellung Gustav Cohn verläutete, daß dieser Firma Wechsel unter sehr eigenartigen Bedingungen diskontiert wurden. Aber die jetzt eintreffenden Nachrichten scheinen für die Geldnehmer noch weniger günstig zu sein. Von Personen, die die Verhältnisse aus genaue kennen, wird uns berichtet, daß ein Satz von 7 pSt. für zweite Hypotheken durchaus nicht zu den Seltenheiten gehöre. Aber ein so hoher Zinssatz wäre noch unbedenklich, wenn nicht an die Geldnehmer noch andere Bedingungen gestellt werden würden. Abzugsprovisionen von 3 pSt. sind gang und gäbe, und das sogenannte Heremehmen von Terrains steht wieder in üppiger Höhe. — Darunter versteht man bestimmt die Kapitalgeheimheit, den Geldnehmer zu verpflichten, gleichzeitig beim Abschluss des Hypothekendarlehens eine Baustelle zu übernehmen, und hierbei handelt es sich natürlich um solche Terrains, die der Käufer auf andere Weise nicht unterbreiten kann. Es wird berichtet, daß zur Zeit solche Terrains zu einem Preise „herabgegeben“ werden, der häufig das Doppelte ihres wirklichen Wertes beträgt.

Man frage sich, welches Ende solche Zustände nehmen werden. Man frage weiter, welchen Einfluß diese enorme Ver-

teuern der Gelüste auf die Höhe der Mieten ausüben muß. Denn darüber kann doch kein Zweifel herrschen, daß die Bauunternehmer diese Rins- und Profitschläge wieder auf die Mieter abwälzen müssen. Ebenso wahrscheinlich ist freilich, daß eine ganze Reihe von Bauherren schließlich zur Einstellung der Zahlungen wird gezwungen werden, wenn der solche Verschärfungen eintritt, nicht schon am Rande des Abgrunds.

Der Mann weiß ansehnend mehr als er zu sagen für gut hält. Es herrschen augenblicklich wirklich höchst unglückliche Verhältnisse am Bauplatz, die auch auf der Arbeiterschaft sehr schwer lasten. Und dabei ist allem Anschein nach das Uebel erst im Anfang. Alle baugewerblichen Arbeiter tun gut, nicht nur jetzt, während der Bewegung, sondern auch später, in den nächsten Jahren, der Reichshauptstadt möglichst fern zu bleiben. Wird dies nicht befolgt, so wird eine große Arbeitslosigkeit eintreten, die zu verhängnisvoll sein dürfte, als die Arbeiter sich demgegenüber nicht zu wehren, wo die Unternehmer die Öffentlichkeit damit gegen die Arbeiter einnehmen wollen, daß sie die Steigerung der Mieten auf die Lohnforderungen der Bauarbeiter zurückführen. Die obigen Ausführungen zeigen, was das Bauen verteuert.

Aus Unternehmerräumen.

*** Vorboten in München.** Die Münchener Unternehmer können es nicht vermeiden, daß ihr Plan im Jahre 1905, die Bauarbeiterorganisation niederzulegen, so gottschämlich gescheitert ist. Sie rüsten nun, um dem Ablauf des Vertrages im April 1908, das nachholen zu können, auf das sie damals verzichtet mußten. In einem Schmarbenerblatt tragen sie über Tarifverträge, deren sich die Arbeiterorganisationen während der letzten Jahre enthalten. Es lohnt nicht, hier auf ihre Beschwerden einzugehen; denn man merkt: biegen doch alle den Kopf, an, daß hier der Wahrheit Gewalt angetan wird. Es soll natürlich nicht bestritten werden, daß in ganz vereinzelten Fällen untergeordnete Verträge gegen den Vertrag vorgekommen sind, aber was geschieht das etwa nicht? Wollten unsere Kollegen alle klagen, die sie mit Recht erheben können, an die große Glocke hängen, es wäre sicherlich einmal so viel, als die begründeten Klagen der Unternehmer. Und dann ist doch entscheidend, ob die Organisation solche Verträge duldet, oder ob sie dagegen eintritt. Die Münchener Organisationsleitung kann mit gutem Gewissen von sich sagen, daß sie sich recht viel um die Aufrechterhaltung des Preisens bemüht, und daß ihr auch der Erfolg nicht verfehlt bleibt, das haben die Unternehmer selbst vor dem Gewerkschaftsgericht anerkennen müssen. Trotzdem schreibt der Sekretär der Münchener von der Unternehmerrorganisation, die Arbeiter seien nicht „vertragstreu“. Ihm ist es aber nur darum zu tun, das bestehende Vertragsverhältnis zu misshandeln. Man weiß zwar nicht, ob er das aus eigener Initiative tut, oder ob er auch da nur ausführendes Werkzeug größerer Schmarbener ist. Wie dem auch sei, eins ist sicher, nämlich, daß von der Unternehmerrorganisation schon jetzt für einen Kampf im nächsten Jahre gerüstet wird. Daraus deutet z. B. ein Vertrag, den sie mit einem Polierverein abgeschlossen hat und der nichts weiter ist, als ein Streikverbot.

In ihm heißt es unter 1: Der Polierverein ist verpflichtet, nur wirklich tüchtige und unbescholtene Kräfte, also vor allem solche, die eine längere praktische Tätigkeit nachweisen können, aufzunehmen und zu behalten. Desgleichen verbietet er sich, daß keines seiner Mitglieder einer gewerkschaftlichen Organisation angehört. Tageslang sagt der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung den Angehörigen des Poliervereins weitgehenden Schutz gegenüber den Angriffen der Gewerkschaftler zu, insbesondere nach der Richtung, daß der Polier jederzeit und überall als Vertreter seines Arbeitgebers respektiert wird. Der Polierverein hält den Arbeitgeberverband über seine Mitglieder mit Wohnungsgabe und die Bausachen stets auf dem laufenden.

Im zweiten Absatz wird dann bestimmt: Die beiderseitige Kündigungssfrist muß mindestens vierzehn Tage betragen und kann nur je am Ende der Woche gefündigt werden. Während einer Kündigungsfrist der Arbeiter, gleichgültig ob Streik oder Aussperrung, ruht das Kündigungsrecht. Als Gegenleistung für dieses Entgegenkommen sind die Poliere verpflichtet, auf Verlangen des Arbeitgebers sich zu bemühen, Arbeitswillige heranzuziehen, um mit solchen den Arbeitsbetrieb aufrecht zu erhalten und in bringenden Fällen selbst praktisch mitzuarbeiten.

Wie wollen nicht weiter davon reden, daß sich die Poliere sogar bereit erklären, Überstunden, Sonntags- und teilweise sogar Nacharbeit ohne Vergütung zu verrichten. — Das mögen die Leute, die sich hier in der Rolle des Hundes so wohl zu fühlen scheinen, mit sich abmachen. Da aber aus all dem hervorgeht, daß es die Münchener Unternehmer im nächsten Jahre zum Kampfe kommen lassen wollen, so müssen unsere Kollegen gut auf dem Posten sein und auch auf den Baustellen mit größerer Aufmerksamkeit die Streikfälle sichten, um den tarifrechtlichen Schmarbenern nicht die Mittel in die Hand zu geben, größeren Anhang zu gewinnen.

Aus anderen Berufen.

*** Lohnbewegungen der Schneider.** Der Schneiderverband hat im ersten Halbjahr laufenden Jahres in 75 Orten für 6416 Mitglieder Lohnbewegungen ohne Streiks erzielt. In 28 Orten mußten 6194 Mitglieder in den Ausstand treten. Der Gesamterfolg aus diesen Bewegungen war, daß in 108 Orten mit 12 976 Mitgliedern Lohnbewegungen und sonstige Verbesserungen durchgeführt wurden. Nur in zwei Fällen endete die Bewegung erfolglos. Materieller Erfolg hatten weiter 4697 Mitglieder nicht, die von der Arbeitgeberorganisation ausgesperrt waren. Aber die Aussperrung endete mit einem Fiasko der Arbeitgeberorganisation, die gehofft hatte, mit Hilfe der Aussperrung den Schneiderverband lahmzulegen. Wie wenig das gelungen, zeigen die Kämpfe, die der Verband zur Zeit in der Konfektion führt.

*** Arbeitszeitverkürzung im Steinhauergewerbe.** Das Verbandsgremium des Steinhauerverbandes veröffentlicht eine Zusammenstellung über die Einführung des acht- bzw. achtstündigen Schichttages in der deutschen Steinindustrie. Die

Zusammenstellung, die einen Vergleich mit dem Jahre 1896 enthält, ist recht lehrreich, so daß wir sie hier wiedergeben:

Ort	Tägliche Arbeitszeit 1896	Stundenlohn 1896	Tägliche Arbeitszeit 1907	Stundenlohn 1907	Verhältnis des Lohns zum 1. Quart. 1907
Alt-Barthau	9½	50	8	68	98
Barthau (Sandstein)	—	—	8½	60	9
Berlin I	8½	50-65	8	85	602
Bremen	9	60	8½	70	122
Breslau I	9	45-60	8	60	85
Darmstadt	9	60	8	68	94
Deilmannsdorf	10	35	8	68	59
Dresden	9	50-60	8	72	554
Erfurt	11	33	8½	55-60	64
Hamburg I	9	60-67	8½	80	113
Hannover I	9	50	8½	60-65	58
Hochheim	10	40	8	68	36
Leipzig I	10½	45	8	70-72	219
Schöneberg-Flugplatz	9½	45-50	8	68	88
Wannheim (Sandst.)	10	40	8½	60-70	88
Weißen (Sandstein)	—	—	8	65	45
Wien u. Umgebung	9	50-60	8	72	577
Wien	10	50-60	8	68	126
Wien	9½	40-50	8½	60	16

Insgesamt haben bereits mehr als 3000 Sandsteinarbeiter sich den 8- bzw. 8½-Stundentag mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation errungen.

*** Ein neuer Lohnkampf der Bergleute des Waldburger Steinkohlenreviers** steht bevor. Im Juli richteten die Bergarbeiter durch die Arbeitervereine an die Werkleitungen den Antrag, den Lohn um 15 pSt. und den wöchentlichen Arbeitslohn um 8 pSt. zu erhöhen. Die Werkleitungen lehnten den Antrag ab, worauf sich die Arbeiter an ihre Organisation, den Arbeitgeberverband, wandten. Hier öffentliche Bergarbeiterversammlungen besaßen sich mit der Sache und legten eine Lohnkommission ein, die die Forderung auf 10 pSt. und 4 pSt. zurückwies. Die Lohnkommission wurde abgelehnt, weil zur Einreichung von Arbeitervereinen nur die Arbeitervereine zulässig seien, worauf in sechs großen Versammlungen der Bergleute am 13., 14. und 15. August einstimmig folgende Resolution beschloß wurde:

Die Bergleute nehmen den Antwort des Arbeitgeberverbandes für die Arbeitervereine als einen Versuch, die Arbeiterkraft zu zerschlagen und ihre Wünsche auf die lange Bank zu schieben. Da die Arbeiter der weissen Gruben durch ihre Ausschüsse bereits die Forderung um erhöhten Lohn und Arbeitslohn eingereicht haben und damit abgewiesen wurden, lehnt es die Bergleute ab, diesen Schritt noch einmal zu unternehmen. Sie beschließen, an den gestellten Forderungen festzuhalten und beantragen die Lohnkommission, das Berggewerkschaft Waldburg als Einigungsamt anzuerkennen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1906.

Nach dem in Nr. 4 der „Mitt.“ Mitteilungen* erschienenen Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für 1906 waren im Berichtsjahre 19 884 803 Personen in 5 296 437 Betrieben gegen Unfall versichert (davon 8 195 732 in gewerblichen Berufsgenossenschaften); außerdem waren 857 709 Personen bei Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden versichert. Im ganzen waren also 20,2 Millionen Personen versichert. Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug 665 611, die der erstmalig entschädigten Unfälle 140 270. Es liegt danach eine Steigerung der gemeldeten Unfälle gegenüber dem Vorjahre um 36 451 und der erstmalig entschädigten Unfälle um 488 vor. Die Summe der gezahlten Entschädigungen (Renten usw.), einschließlich der laufenden für Unfälle aus früheren Jahren, betrug 14 142 900 086 (1905 nur 14 135 437 933), und zwar wurden Entschädigungen gezahlt an 654 680 Verletzte, 73 599 Witwen, 103 564 Kinder und 257 sonstige Verwandte des Verletzten, die in Heilanstalten untergebracht waren, die gesetzliche Unterstützung. Auf statistischem Gebiete hat das Reichsversicherungsamt mit den Staatsarbeiten für eine umfassende Unfallstatistik des Jahres 1907 begonnen; daneben beteiligt es sich an dem im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Beiträge über Arbeiterversicherung. Eine Reihe von Schriften, die das Amt herausgibt, wurden neu aufgelegt und beschloßen, in Zukunft die jährlichen Berichte der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften zu veröffentlichen. An der von der Virenbürokratischen Zentralstelle für Handel und Gewerbe veranstalteten Ausstellung für Unfallversicherung und Gewerbehygiene beteiligte sich das Reichsversicherungsamt.

In den internationalen Rechtsbeziehungen sind einige Änderungen von Bedeutung zu verzeichnen. Zunächst ist durch Bundesratsbeschluss bestimmt, daß die Vorschriften über das Ruhen der Renten von Ausländern, die nicht im Inland ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, auf Belgien keine Anwendung finden; ebenso die Bestimmungen über den Ausschluss von Hinterbliebenenrente bei Ausländern. Ferner hat der Reichsrentenrat entschieden (4. 10. 06), daß eine dem Ausländer rechtskräftig gewährte Unterstützung, bei welcher dieser auf weitere Entschädigung für den Fall einer Verschlimmerung der Unfallfolgen verzichtet, den Anspruch seiner Hinterbliebenen auf Hinterbliebenenrente nicht ausschließt.

Die Zahl der im Berichtsjahr bearbeiteten Beschwerden über Gehaltsanträge, Zulagen, Prämien und Abschläge betrug 1860.

Die Anstellung technischer Aufsichtsbeamten hat einige Fortschritte gemacht. Es haben jetzt 61 von 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften 286 technische Aufsichtsbeamten angestellt (davon die zwölf Baugewerkschaften 88). Aus den Berichten dieser Beamten ist zu entnehmen; daß 168 130 Betriebe (26,2 pSt.) versichert wurden.

Im Berichtsjahre sind vier Heilanstalten, die für die Behandlungen von Unfallverletzten errichtet und Eigentum einzelner Bezirke sind, besetzt worden. Außerdem wurden zwei

berufsgenossenschaftliche und eine kirchliche Heilanstalt wiederholt revidiert. Die Revisionen geschahen im Beisein von Vertretern der Berufsgenossenschaften und der Arbeiter und haben ein befriedigendes Ergebnis gehabt. Den Revisionen wurde überall Gelegenheit zur Aussprache gegeben. Wesentliche Beschwerden seien nicht vorgebracht worden.

Aus der Statistik der Rechtsprechung ergibt sich, daß im Berichtsjahre 406 087 berufungsfähige Bescheide, davon 215 694 (63 pSt.) auf Grund der gewerblichen Unfallversicherungsgeetze, ergingen. Die Zahl der anhängig gemachten Berufungen betrug 70 542 (46 227 bez. gewerblich, 17,37 pSt.), so daß auf je 100 berufungsfähige Bescheide 17,37 Berufungen (in der gewerblich. Unfall-Vers. 21,43) entfielen. Diese Verhältniszahl ist in den letzten Jahren konstant geblieben. Außerdem wurden 17 160 Anträge auf anderweitige Feststellung der Rente gestellt.

Die Zahl der zu bearbeitenden Streitfällen wird auf 101 968 angegeben, von denen 89 063 (87,3 pSt.) erledigt wurden, und zwar 449 durch rechtskräftigen Bescheid des Schiedsgerichts, 3497 durch Zurücknahme, 1543 durch Anerkenntnis, 2610 durch Vergleich, 18152 durch Entscheidung des Schiedsgerichts zu Gunsten des Rentenbewerbers und 6173 zu Gunsten der Versicherungsträger, endlich 1219 auf andere Weise.

Die Zunahme der Berufungen wird nach den Jahresberichten der Schiedsgerichte darauf zurückgeführt, daß die Zahl der Versicherten stetig anwuchs und demgemäß die Zahl der berufungsfähigen Bescheide sich erhöht hat, ferner auf das fortwährende Bekanntwerden der Versicherungsgeetze und auf das wachsende Vertrauen der Versicherten, sich eine Rente zu verschaffen, auf die Kostenlosigkeit des Verfahrens und besonders auf die Tätigkeit der Rechtskonsultanten und Volksanwälte. Damit tritt das Reichsversicherungsamt ungenügend in die Spuren der Berufsgenossenschaften, die die aus der Zunahme der Unfälle resultierenden wachsenden Ansprüche auf die Rente nach Rente zurückzuführen. Aber die Wirksamkeit der Schiedsgerichtsbarkeit wissen die Jahresberichte nur Gutes mitzuteilen. Es wird vielfach hervorgehoben, daß sie sich bewährt hätten, daß sie viel Eifer und Verständnis an den Verhandlungen teilnahmen und daß sie zur richtigen Beurteilung des Einzelfalles nach den Verhältnissen des Arbeitsmarktes beitrugen. In den Schiedsgerichtsungen waren die Rentenbewerber häufig anwesend oder vertreten; dagegen habe sich kein besonderes Interesse des Publikums oder der Presse befunden.

Die Zahl der anhängigen Reklusen betrug im Berichtsjahre 19 634 gegen 17 422 im Vorjahre; außerdem wurden 806 Anträge auf Feststellung der Versicherungsträger gestellt. Erledigt wurden 18 361 Reklusen und Anträge, davon 16 112 durch Urteil, 874 durch Bescheid (weil ungerichtet, so spät oder unzulässig) und 1063 anderweit (Zurücknahme, Vergleich usw.); unerledigt blieben 8728. Von den durch Urteil erledigten Reklusen wurden entschieden 11 821 durch Befähigung und 4169 durch Abweisung oder teilweise Aufhebung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils; 122 durch Rückverweisung an das Schiedsgericht. Zur Erledigung der Reklusen wurden 1191 Ereignisse benötigt, so daß auf eine Sitzung durchschnittlich 16 Reklusen entfielen. Allzuviel Zeit bleibt da nicht übrig, um über das Schicksal des einzelnen Verletzten zu entscheiden.

Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung berichtet das Reichsversicherungsamt, daß vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1906 bei allen Versicherungsträgern 1919 381 Rentenansprüche anerkannt wurden, davon 1408 801 Invaliden, 67 000 Kranken- und 448 580 Altersrenten. Im Berichtsjahre wurden 134 057 Renten bewilligt (110 989 Invaliden-, 12 422 Kranken- und 10 666 Altersrenten). Seit 1903 ist die Zahl der bewilligten Renten ständig, und zwar ganz erheblich, zurückgegangen (von 174 508 auf 162 477, 146 431 und 134 057); dieser Rückgang erklärt sich vorwiegend aus Invalidenrenten, für deren Bewilligung seitdem schärfere Grundzüge zur Anwendung gelangen. Wie sehr an dieser Rentenparität besonders einzelne Versicherungen leiden, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung. Es wurden Invalidenrenten bewilligt:

Versicherungsanstalt	Im Jahre			
Brandenburg	10005	8905	6265	5948
Sachsen	19803	16006	10081	8804
Sachsen-Anhalt	8557	7189	5228	5226
Schleswig-Holstein	4017	6681	2806	2438
Sachsen	7950	7876	7107	4573
Meinproben	13715	13893	10608	8850
Sachsen	10128	9501	9708	8921
Meinburg	2037	1969	1746	1455
Braunschweig	1197	939	902	764
Sachsen	2285	2225	1813	1475

Die Kosten dieser Sparanstalt tragen natürlich die Versicherer, die nur noch zu einem Bruchteil erworbene sind und denen die Hoffnung auf den Segen der Invalidenversicherung geraubt wurde.

Außer den Rentenbewilligungen wurden im Berichtsjahre in 186 787 Fällen Beitragsrückstellungen anerkannt, davon 153 228 bei Heilfällen, 710 bei Unfällen und 32 829 bei Todesfällen.

Die gezahlten Entschädigungen aus der reichsgeförderten Invalidenversicherung belaufen sich im Berichtsjahre auf 166 Millionen Mark, während seit 1891 insgesamt 1162,16 Millionen Mark gezahlt wurden. Die Einnahmen aus Beiträgen ergaben 169 Millionen Mark, während das Vermögen der Versicherungsträger auf 1315 Millionen Mark angewachsen war.

In Invaliden- und Alterssachen wurden 26 402 Berufungen bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung anhängig gemacht (1905: 25 823); davon 98,1 pSt. in Invaliden- und 1,9 pSt. in Alterssachen. Es waren aber 32 015 Berufungen zu bearbeiten, von denen 28 083 erledigt wurden, und zwar 24 088 durch Urteil, 166 durch rechtskräftigen Bescheid, 1203 durch Zurücknahme, 681 durch Vergleich, 1496 durch Anerkenntnis und 468 auf andere Weise. Unerledigt blieben 3932 Berufungen.

Der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts wurden 6290 Revisionen unterbreitet, wovon sich 6193 auf Invaliden- und 97 auf Alterssachen bezogen. Zu bearbeiten waren 8922 Revisionen, von denen 5488 erledigt wurden, und zwar 4788 durch Urteil, 293 durch Zurücknahme und 407 durch Abweisung wegen verjährter Einlegung. In 8354 Revisionsfällen wurde das angefochtene Schiedsgerichtsurteil bestätigt, in 142 Fällen oder teilweise abgeändert, und in 792 Fällen erfolgte Rückverweisung an das Schiedsgericht.

Auf dem Gebiete der Invalidenrentenpflege sind einige Fortschritte zu verzeichnen; es bestehen jetzt 10 Invalidenhäuser,

und im Berichtsjahr konnten in diesen und anderen Anstalten 981 Personen untergebracht werden. Das ist eine geringe Zahl, und es wäre zu wünschen, daß die Versicherungsanstalten dem Bau und der Einrichtung von Invalidenhäusern mehr Beachtung widmen.

Der Bericht ergibt ein Gesamtbild, das keineswegs volle Befriedigung erweckt. Die Unzulänglichkeit der Einrichtungen, die Zweckmäßigkeit der Erfüllung der Rechtsansprüche, die Mängel des Rechtswegs, das alles tritt bei einer eingehenderen Prüfung dieser Ergebnisse der reichsgerichtlichen Arbeiterfürsorge aufs deutlichste hervor. Es bedarf ebenso der unausgesetzten Mitarbeit unserer Arbeitsvertreter in den Gewerkschaften und Arbeitersekretariaten, als auch der stets wiederholten Kritik unserer Volksvertreter im Reichstage, um die deutsche Arbeiterversicherung auf jene Höhe zu bringen, daß sie ihren Namen voll auf verdient.

Verschiedenes.

Gutes Deutsch.

Kein Fremdwort soll man mehr verwenden, Wenn gutes Deutsch verfügbar ist! Indes noch fehlt's an allen Ecken, Welt man die Regel leicht vergißt.

Gar viele zweifelhafte Fragen: Ist mancher kurz entschlossen schnell: Statt „etwa“ und „vielleicht“ zu sagen, Sagt er viel lieber: „eventuell“!

„Bestimmt“, „entschieden“ aufzutreten, Das ist ein wunderbares Ding, Es hilft in vielen Lebensnöten, Des Eindrucks Macht ist nicht gering. „Entschlossen“, „fest“ — wie Eisen klingt es, Gut deutsch, so einfach, schlicht und gut. Doch fremd ist: feiner unbedingt es, Das „positiv“ und „absolut“.

Oh teuer auch die Schweinepreise, Die heimtückische Mordtatschneide! Und mancher wird als Viehhändler geistig Sie gern auf seinem Tische sehn. „Vorzüglich“, „herrlich“ hört man sagen, „Ganz ausgezeichnet“, in der Tat! — Doch andere schmunzeln voll Besorgnis: Wie „exquisit“, wie „delikat“!

Im Sprachgebrauch der Behörden Ist jetzt das Deutsch viel mehr beliebt, Indes so hin und wieder werden Die alten Moden noch geliebt. Was zur „Verfügung“ steht, wir sehen Es hängt vor unsern Augen schon, Doch mancher sagt: Die Mittel stehen Zu unserer „Disposition“!

Nur immer zugelegten Herzhafte! Dann rotten wir das Fremde aus; Und klingt auch, was ich sage, scherzhaft, Ihr hört den Ernst gewiß heraus. Wenn alle wirken in der Stille, Kurz ist die Müß, sie schafft nicht Qual, Es glückt, wenn ehrlich nur der Wille: Seid „deutsch“, dann seid ihr „national“! (Sprache des Allg. Deutschen Sprachvereins.)

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Eulenburg, Paul Singer), Heft 47 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Regelung der Malterfrage. Von Wils. Dittmann (Frankfurt a. M.). — Detailhandel und Mittelstandspolitik. Von Paul Lange (Hamburg). — Der Entwurf einer sozialistischen Kranken- und Unfallversicherung. Von Ernst Oberholzer (Büdingen). — Gemeinden und Kapitalismus. Von Ernst Scheide (Dortmund).

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und kostet pro Heft 25 A.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage: I. A. Bebel. Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871—1874. Preis 60 A.

Dem Bericht I werden die weiteren folgen, um sie als wichtige Materialiensammlung den Parteigenossen zugänglich zu machen. Genosse Bebel sagt in seinem Geleitwort: „Ein großer Teil der Parteigenossen macht den Fehler, daß er zu rasch vergißt; er ruft nach Material, das er tatsächlich längst in Händen hat, aber in der Hast der Arbeit vergaß oder nicht auszugraben versteht. Indem diese früher erschienenen Schriften aufs neue und in dem gleichen Format wie die „Handbücher“ erscheinen, werden die Parteigenossen in die Lage gesetzt, eine brauchbare und ausdauernde Lektüre über die Taten und die Auffassung ihrer Reichstagsvertretung zu erhalten.“

Das zweite Heft wird den Bericht über die Tätigkeit für die Zeit 1874 bis 1876 enthalten; das dritte Heft bringt die Wahlaufrufe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Jahre 1881, 1884 und 1887; das vierte Heft über die Tätigkeit 1887 bis 1889 und endlich auch das fünfte Heft den Tätigkeitsbericht von 1890 bis 1893 enthalten. Die einzelnen Lieferungen werden so arrangiert, daß sie zu einem Bande vereinigt werden können.

Flüßmann: „Die städtische Regie“. (Heft 6 der Sozialdemokratischen Gemeindepolitik) Preis 75 Pfennig. Agitationsausgabe 40 Pfennig.

Der Verfasser will die großen wirtschaftlichen Betriebe, wie Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw., die heute meist noch Ausbeutungsobjekte privater Gesellschaften sind, zu Eigentum der Gemeinden machen, um diese Unternehmungen im Interesse der Allgemeinheit auszubauen und nutzbar zu machen.

Zeitlin: Zur Frage des Frauenwahlrechts. Preis M. 1.—, Agitationsausgabe 60 Pfennig.

Im klaren und überzeugenden Weise legt Genossin Zeitlin alle die Gründe dar, die für die Notwendigkeit der Einführung des Frauenwahlrechts sprechen, während uns ein Anhang einen

Ueberblick über die Entwicklung des Frauenstimmrechts in den verschiedenen Ländern gibt.

Moderne Jugendbewegung und Alkoholfrage. Von Simon Kagenheim. (1. bis 5. Teil.) 18 S. 8°. Preis 10 A. Agitations-Ausgabe 100 Stück M. 3.25, 500 Stück M. 15.—. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abkündungs-Bund, Johannes Michaelis, Berlin S. 42, Quitten-Aller 55. In fesselnder Weise berichtet es der Verfasser nachzuweisen, daß die freien Jugendorganisationen das größte Interesse daran haben, ihre Mitglieder auch gleichzeitig zu Mitkämpfern gegen den Alkoholismus zu erziehen. Gerade die Jugendbewegung muß alle Hindernisse, die ihr vorwärtschreiten erschweren, zu beseitigen versuchen. Daß eines dieser größten Hindernisse der Alkohol ist, dürfte niemand mehr bestreiten. Wir empfehlen allen Gewerkschaften, insbesondere den Kartellen, eine Massenerhebung dieser Schrift unter der proletarischen Färbung vorzunehmen.

Briefkasten.

Sangerhausen. Der Preis der Anzeige ist in jedem Falle beigegeben, danach kann die ohne Rechnung das Schuldkonto feststellen. Ohne die Anzeigen in dieser Nummer beträgt es M. 8.90.

Reinsfeld, Vorstand. Der Verunglückte kann, wenn er überhaupt rentenbezugsberechtigt ist, vom 27. Juli d. J. an Anspruch auf Rente erheben.

Posen, L. C. Wenn die Debatte geschlossen ist, kann natürlich auch nicht mehr zu dem Punkte geredet werden, der zur Debatte stand.

Böhm, M. Sch. Ja, der Bericht ist hier eingetroffen, aber abgedruckt wird er nicht. Der „Grundstein“ hat nämlich bestimmungsgemäß der Förderung der Organisation zu dienen. Wenn die Böhmer Kollegen das nicht mitmachen wollen, so ist das in ihrem eigenen Interesse zu bedauern, sie dürfen aber nicht verlangen, daß wir ihre rückwärtigen Ansichten noch besonders verbreiten sollen.

Walsrode, S. M. Als Verbandsmitglied solltest Du doch wissen, daß der „Grundstein“ keine Ehrenerklärung aufnimmt.

Sachwitz, J. Z. Von dem Grundlag, Todesanzeigen nur dann aufzunehmen, wenn sie spätestens eine Woche nach dem Tode hier eintreffen, können wir nicht abgehen. Das steht am Kopfe der Sterbetafel, so daß es jeder wissen sollte.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Beileid bezieht sich auf M.)

Dortmund-Barop. Am 20. August starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege August Dickmann im Alter von 39 Jahren an Darmfatale.

Einbeck. Am 19. August starb unser langjähriger Mitglied August Meyer im Alter von 26 Jahren an Lungentuberkulose.

Essen. Am 19. August starb im Suizid unser Kollege Karl Birkenstock im jugendlichen Alter von 20 Jahren an Lungentuberkulose.

Frankfurt a. d. O. Am 19. August starb nach langem Krankenlager unser langjähriger Kollege Paul Klime aus Leipzig im Alter von 22 Jahren an der Prostatitis.

Gelsenkirchen. Am 21. August starb nach kurzem Krankenlager unser treuer Verbandsmitglied Johann Maul im Alter von 28 Jahren an Lungentuberkulose.

Lauren. Am 19. August starb unser treuer Verbandskollege Georg Haidt im Alter von 38 Jahren infolge eines Falles in den Abort.

Magdeburg. Am 23. August starb nach langem Krankenlager unser langjähriger Mitglied, der Kollege Simon Prellberg, im Alter von 54 Jahren an der Brustkrankheit.

Neuruppin. Am 19. August starb unser treuer Verbandskollege Albert Salomo aus Neuruppin im Alter von 50 Jahren an Magenkrebs.

Regensburg. Es starb unser Kollege Dobmeier.

Sangerhausen. Am 11. August starb in Halle in der Klinik an einer Blinddarmentzündung unser Kollege Karl Becker II aus Bräun im Alter von 33 Jahren.

Sonneberg i. Th. Am 20. August starb unser Verbandskollege Heinrich Rohl aus Weismersdorf im Alter von 34 Jahren an Rippenfellentzündung.

Templin. Der Kollege Wilhelm Gabriel ist freiwillig aus dem Leben geschieden.

Waldenburg i. d. Neumark. Am 23. August starb nach kurzem aber schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege Otto Rapnow im Alter von 24 Jahren an Gehirnverletzung.

Ehre ihren Andenken!

Sangerhausen.

Kassierer des Zweigvereins ist jetzt der Kollege Otto Raue, Probirgasse, Ecke Kirchgasse. [M. 1.20]

Das Mitglied Mathias Balersdörfer, geboren 15. September 1870 zu Albersweiler, Verb.-Nr. 268849, eingetretten am 19. Februar 1905 zu Mainz, wird ersucht, seine Adresse an Unterzeichnete einzulösen. Ebenso werden Verwaltungen ersucht, bei denen sich der Genannte meldet, ersucht, uns seinen Aufenthalt zu melden.

Ordnungswaltung Schramberg I. Wttb. [M. 2.40] Franz Schöb.

Annaberg.

Die Adresse des Vertrauensmannes ist jetzt: Edwin Nestler, Mühlmann. [M. 1.20]

Die Kollegen Heinrich Beck II aus St. Johann, Verb.-Nr. 293 832, und Wilhelm Kühn Meyer aus Namberg, Verb.-Nr. 230 834, werden gebeten, ihre Adresse an den Vorstand des Zweigvereins St. Johann einzulösen.

Kollegen, denen der Aufenthaltsort obgenannter Kollegen bekannt ist, werden gebeten, deren Adresse an Josef Schroth, St. Johann, Gewerkschaftshaus „Lidol“, Gerberstraße, gelangen zu lassen. [M. 2.40]

Gesucht wird der Mann Albert Hessler aus Eilenburg. Kollegen, denen der Aufenthalt desselben bekannt ist, werden nochmals gebeten, die Adresse dem Kassierer des Zweigvereins Eilenburg, Gustav Döring, Burgstraße 6 mitzuteilen. [M. 1.50]

Pleschen.

Sonntag, den 8. September 1907:

Erstes Stiftungsfest

im Vereinslokal.

Die Kollegen von Pleschen und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3] Das Komitee.

Gross-Wudicke.

Sonntag, den 8. September 1907, Nachm. 1 Uhr.

Erstes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Fr. Schwarzlose

bestehend in Gartenkonzert, Preisfischen, Preisregeln und Verlosung. Abends: — Ball.

Alle Verbandskollegen, auch die der umliegenden Zahlstellen, werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3.98] Das Festkomitee.

Gotha.

Sonntag, den 14. September, Abends 8 Uhr:

Beihntes Stiftungsfest

im Volkshaus „Zum Mohren“

bestehend aus Konzert und Ball.

Die Kollegen des Zweigvereins Gotha sowie der umliegenden Zweigvereine sind freundlichst eingeladen. [M. 3.60] Der Vorstand.

Wiesenburg.

Sonntag, den 8. September 1907:

* Sommervergnügen *

im Vereinslokal von Fr. Müller.

Alle Kollegen sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Bestimmungen zu befolgen.

Verbandsversammlungen der Mannen.

Sonntag, den 31. August.

Kahla. Abends 6 Uhr im Rathaus. Wähler sind mitzubringen.

Sonntag, den 1. September.

Goldberg. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum neuen Hause“.

Schweinitz a. d. Elster. Bei Herrn Schmidt-Berge.

Seesen. Nachm. 3 Uhr bei Wenge, Hohenhausen. Referent anwesend.

Treptow a. d. Tollense. Nachm. 6 Uhr im Vereinslokal. Mitglieder sind mitzubringen.

Dienstag, den 3. September.

Blitterfeld. Abends 7 Uhr im „Hofensgarten“. Mitglieder sind mitzubringen.

Eisleben. Wähler mitbringen.

Torgau. Mitgliederversammlung.

Mittwoch, den 4. September.

Berlin. (Gruppe: Rabbinen.) Abends 8 1/2 Uhr bei Jannasch, Inselstr. 10.

Guben. Abends 7 Uhr bei Stein. Wähler sind vorzulegen.

Wittenberg. Abends 8 1/2 Uhr bei Otto.

Domingstag, den 5. September.

Danzig. Abends 7 Uhr im „Bürgergarten“ in Schiffsstr. 1. Bericht vom internationalen Sozialistenkongress und von der internationalen Arbeiterkonferenz in Stuttgart. (Referent: Kollege Schwarz.) 2. Verschiedenes.

Glogau. Abends 8 1/2 Uhr im Kaiserhof. Wähler mitbringen.

Spandau. Abends 8 1/2 Uhr bei Rante, Schönwalderstr. 80.

Freitag, den 6. September.

Berlin. (Gruppe: Rabbinen und Träger.) Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 1.

Sonntag, den 8. September.

Coblenz. Nachmittags 1 1/2 Uhr im „Goldenen Ring“.

Liebenwerda. Nachm. 11 Uhr. Referent anwesend.

Wittstock. Nachm. 2 Uhr bei Herrn Carl Müller, Gerberge.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Müller & Co. in Hamburg.